Der

Friede von Füssen 1745.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doctorwürde

der

hohen philosophischen Facultät

der

königlichen Universität München

vorgelegt von

Georg Preuss.

MÜNCHEN.

DR. H. LÜNEBURG, VERLAG.

1894.

DER

FRIEDE VON FÜSSEN

1745.

VON

GEORG PREUSS.

MÜNCHEN
DR. H. LÜNEBURG, VERLAG.
1894.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546007_0125

CARL THEODOR HEIGEL

IN

DANKBARER VEREHRUNG

ZUGEEIGNET.

VITA.

AM 12. April 1867 als Sohn des früheren Gutsbesitzer, damaligen Rentier Friedrich Preuss, evangelisch, zu Breslau geboren, besuchte ich das Maria-Magdalenen-Gymnasium, welches ich Ostern 1889 mit dem Zeugnis der Reife verliess. Ich bezog die Breslauer Universität, welche ich Michaelis 1891 mit der Ludwig-Maximiliansuniversität zu München vertauschte. Dieselbe habe ich seitdem nicht wieder verlassen. Durch Herrn Prof. Dr. Carl Theodor Heigel wurde ich hier in die neuere Geschichte, durch Herrn Prof. Dr. Hermann Grauert in die Geschichte des Mittelalters, durch Herrn Dr. Simonsfeld in das Studium der historischen Hilfswissenschaften eingeführt.

Die Fülle der Anregungen, welche ich durch diese meine verehrten Lehrer besonders in ihren historischen Uebungen, dann aber auch ausserhalb derselben jederzeit durch freundliche Ratschläge empfangen habe, macht es mir zum Bedürfnis, ihnen auch hier meinen tiefempfundenen Dank auszusprechen.

Vorwort.

IN der Mitte des vorigen Jahrhunderts sehen wir politische Fragen der inneren deutschen Geschichte die ganze europäische Staatenwelt in Bewegung setzen.

Der Streit für und wider die bayerischen Ansprüche auf Habsburgs Erbe ist der Ausgangspunkt eines wechselreichen und langjährigen Weltkrieges.

Wir wissen, wie Bayerns Kraft vorzeitig erlahmte, wie es gezwungen ward, sich im Frieden von Füssen aller seiner Rechte und Forderungen zu begeben.

Die militärische und diplomatische Geschichte der Kriegsjahre hat die berufensten Darsteller gefunden, doch dem bedeutsamen Füssener Friedensschlusse ist eine eingehendere Behandlung noch nicht zu Teil geworden.

In seinem grossen Werke »Maria Theresia's erste Regierungsjahre« hat A. v. Arneth mit der Hand des Meisters die Verhandlungen gezeichnet, doch auf ihren Verlauf mit seinen oft wichtigen Einzelheiten näher einzugehen, lag ausserhalb des Rahmens seiner gewählten umfassenden Aufgabe.

Neuerdings hat dann Seeländer durch seine Abhandlung »Graf Seckendorff und die Publizistik zum Frieden von Füssen von 1745« wesentliche Aufschlüsse gegeben über die damaligen Stimmungen des bayerischen Volkes, die Tendenzen einzelner Parteien und Männer, die dadurch hervorgerufenen Schwankungen der Politik. Wie der Verfasser (S. VI) selbst sagt, bieten seine Untersuchungen einen — allerdings höchst wichtigen — Beitrag zur Geschichte des Friedens.

Dem Mangel einer monographisch gefassten, die Wiener wie Münchener Verhältnisse gleichermassen in den Kreis der Betrachtung ziehenden, einigermassen erschöpfenden Darstellung

schen Erbfolgekriege in schroffster Weise hervorbrechend, stets ein bewegender und mitunter ausschlaggebender Faktor in Deutschlands innerer Geschichte. Jetzt hatte diese Gegnerschaft ihren Höhepunkt erreicht; gerade die verwandtschaftlichen Verbindungen, bestimmt den alten Hass zu vernichten, trieben ihn auf die Spitze. Der Erfolg schien die Wittelsbacher zu begünstigen. Im Bunde mit Frankreich, Preussen, Spanien spielte Kurfürst Karl Albert kein aussichtsloses Spiel. Seine Hoffnungen verstiegen sich ins Ungemessene, der Gang der Ereignisse schien ihnen Recht zu geben. Binnen kurzem waren die verbündeten Bayern und Franzosen Meister von Ober-Oesterreich, ein schneller Vorstoss gegen Wien, wie ihn Schmettau[1]) anempfahl, musste auch diese Stadt aufs äusserste gefährden; mit ihrem Falle wäre wahrscheinlich Oesterreichs Geschick entschieden gewesen. »La puissance de la Maison d'Autriche est coupée par ses racines, si ond se rend maître de cette capitale«, schrieb Friederich II.[2])

Statt dessen wandte sich Karl gegen Böhmen, überrumpelte Prag, liess sich daselbst zum Könige krönen; es waren blendende Erfolge, doch ohne Bestand und Dauer.

Es ist Bayerns geschichtliches Unglück gewesen, dass ihm in der Zeit, da die unvergleichliche Gunst des Geschickes den Weg

---

[1]) Samuel Reichsgraf v. Schmettau, hatte sich in österreichischen Kriegsdiensten hervorgethan und war 1741 zum Feldmarschall ernannt worden. Fast zur selben Zeit trat er als preussischer Unterthan zu Friedrich über, dem er bei seiner genauen Kenntnis der österreichischen Verhältnisse sehr willkommen war. Derselbe sandte ihn als militärischen Ratgeber zu Karl Albert zugleich mit einem Schreiben an diesen, worin er ihm den Angriff auf Wien dringend ans Herz legte. Politische Korrespondenz B. I S. 285.

Arneth (B. I 320 ff.) beurteilt Schmettau sehr ungünstig; er nennt ihn einen Mann von verderbten Grundsätzen und tadelt seine Habgier. Doch ist seine Schuld in dem gegen ihn eingeleiteten Prozess durchaus nicht erwiesen. Daher lässt auch Droysen die Motive seines Uebertrittes im Ungewissen. Im Grunde ist er trotz mancher Fehler doch eine freilich oft bis zur Rauheit offene Soldatennatur, gerade hierin das gerade Gegenteil Seckendorffs, dessen Lebenslaufe der seinige übrigens in mehr als einer Beziehung ähnlich ist. Vgl. über ihn: Lebensgeschichte des Grafen v. Schmettau, Berlin 1806, von seinem Sohne, und die für die Geschichte des Türkenkrieges wichtigen: Mémoires secrets de Guerre de Hongrie. Beide Schriften greifen Seckendorff auf's härteste an, ohne freilich dabei unparteiisch zu sein.

[2]) Histoire de mon temps in den Publikationen, B. IV, S. 247. Dieselbe Ansicht spricht der venetianische Gesandte Pietro Andrea Capello aus, welcher, wie die meisten Darsteller dieser Episode, die Hauptschuld den Franzosen beimisst: »Errore maggior d'ogn 'altro sarà sempre imputato ai Francesi, il non aver progredito sino a Vienna, imperfetta nelle fortificazioni e sprovveduta di munizioni e de' viveri, mentre in qualunque modo eseguir volessero il gran progetto, la sola impresa della Capitale lo assicurava.« Arneth: Die Relationen der Botschafter Venedigs über Oesterreich im 18. Jahrh Wien 1763. Fontes rerum Austriacarum. II. Abteil. B. XXII S. 245.

zur Grösse zeigte, kein Mann erstand, der dem Ernste der Entscheidungen gewachsen und im Stande gewesen wäre, es auf diesem Wege erfolgreich zum Ziele zu führen. Nirgends begegnen wir einem Staatsmann oder Feldherrn von mehr als mittelmässiger Begabung, und dem Kurfürsten Karl Albert selbst können wir bei unbestrittenem soldatischem Mute und gesundem Verstande kaum diese zugestehen. Seine einstimmige Wahl zum Kaiser am 24. Januar, sowie seine glänzende Krönung in Frankfurt am 12. Februar 1742 waren die letzten Lichtblicke des scheidenden Glückes. Auch sie waren nicht ungetrübt. Mit der in denselben Tagen erfolgten Zurückeroberung von Linz und Passau durch die Oesterreicher kündeten sich ihm die nun folgenden Jahre voll Trübsal und Enttäuschungen an, wie sie vielleicht nur wenigen Sterblichen, gewiss aber keinem in gleich hoher Stellung beschieden worden sind. Als Sohn eines Herrschers, der ihm schon als Knabe seine erhabene Aufgabe als Erbe und Nachfolger des Hauses Habsburg zum Bewusstsein gebracht hatte, dabei wenigstens in seiner Jugend feurigen Geistes, getragen von der hohen Meinung seiner Regentenpflichten und warmen Liebe zu seinem Volke, ist er als Kaiser am Ziele seiner irdischen Wünsche des Lebens nicht wieder froh geworden. Dass er dabei seine guten und liebenswürdigen Eigenschaften nicht verlor, wird uns von den besten zeitgenössischen Schriftstellern versichert.[1])

Freilich waren es nur Tugenden, wie sie einen Fürsten des Friedens zum Segen seiner Völker zieren, nicht aber solche, die den ersten Herrscher der Christenheit befähigen konnten, in rücksichtslosem Kampfe seine Ansprüche zu behaupten, am allerwenigsten

[1]) Von den gleichzeitigen Zeugnissen über Carl VII. sind vor allem die zweier Ausländer bemerkenswert, welche beide die Eigenschaften des Herrschers rühmen, des venetianischen Gesandten in Wien Nicolo Erizzo (Arneth III S. 399, Anm. 5) und des französischen Marschalls Noailles in seinem Schreiben vom 8. Juli 1743 an König Ludwig (Correspondence de Louis XV et du maréchal Noailles, S. 150); diese Charakterschilderung hat dann Noailles später fast wörtlich in seine Mémoires herübergenommen (Collection des Mémoires Relatifs à l'Histoire de France, par Messieurs Petitot et Monmerque. Tome LXXIII S. 316). Das beste Bild seiner Persönlichkeit erhalten wir aus seinem Tagebuche (das Tagebuch Kaiser Karls VII aus der Zeit des österreichischen Erbfolgekrieges, herausgegeben von K. Th. Heigel, München 1883). Droysen folgt bei seiner wenig günstigen Charakteristik zu sehr dem Bilde, welches Schmettau in seinem Schreiben vom 25. Oktober an Friedrich entworfen hat (Preussische Politik, V. 1 S. 283.) Dafür zumal, dass Törring seinen hohen Einfluss und sein Ansehen nur der Gefälligkeit zu verdanken habe, mit welcher er sich den Privatschwächen seines Herrn dienstbar zeigte, dürfte ein anderes Zeugnis als das Schmettau's schwerlich zu erbringen sein. Friedrich selbst war empört darüber, dass Schmettau wagte, ihm einen Brief voll derartiger »Anekdoten« zu schicken. Vgl. Eichel an Podewils. Polit. Korresp. B. III S. 317.

einer Gegnerin wie Maria Theresia gegenüber, die ihm an Herrschergaben wie leidenschaftlicher Thatkraft in gleicher Weise überlegen war.

Es ist nun einmal nicht anders. Liebenswürdige Charaktere haben selten Grosses geschaffen; gerade Karls menschlichste Eigenschaften wurden ihm in seiner politischen Rolle als Kaiser verhängnisvoll. Seine Güte ward hier zur Schwäche, seine milde Nachgiebigkeit zur Unselbständigkeit, Eigenschaften, die nur zu geeignet waren, das Ansehen und die Würde des kaiserlichen Namens zugleich mit seinem Träger bei Freund und Feind herabzusetzen. Dennoch werden wir ihm standhaften Mut in Ertragung dessen, was über ihn verhängt ward, nicht versagen können, wenn er auch freilich nichts von dem königlichen Hochsinn und der Festigkeit besass, welche Maria Theresia in jedem Augenblicke ihres Daseins erfüllten, und denen sie ihre und ihres Landes Rettung verdankte.

Wir wissen, wie sie Zeit und Gelegenheit zu benutzen verstand, welche ihr die säumige Kriegführung der Gegner in die Hand gab. Bei Beginn des Jahres 1742 konnte sie ihnen kriegslustige Heere unter erprobten Feldherrn entgegenstellen. In einem Winterfeldzuge von nur wenigen Wochen warf ihr Feldherr Khevenhüller[1]), in dem der Geist seiner Herrin mächtig war, die Bayern auf allen Punkten zurück; schon am 14. Februar, zwei Tage, nachdem Karl die höchste Stufe menschlicher Ehren erklommen, befand sich seine Hauptstadt in den Händen der Sieger. Und diesem Beginn des Feldzugs entsprach der weitere Verlauf. Schon im Frühjahr war Kaiser Karl so gut wie besitzlos; im offenen Felde waren seine Truppen fast überall geworfen; mit Mühe wurden etliche feste Plätze, Ingolstadt, Straubing, Landshut behauptet.

In diesem kritischen Augenblicke nahte sich dem Kaiser in Frankfurt der frühere österreichische Feldmarschall Graf von Seckendorff[2]) mit der Bitte, ihn in seine Dienste aufzunehmen.

---

[1]) Ludwig Andreas Graf v. Khevenhüller, war 1736 zum Feldmarschall ernannt worden und erhielt jetzt den Befehl über das nur 16 000 Mann starke Heer, mit welchem er so glänzende Thaten vollführte. Er starb, viel zu früh für das Heil der Monarchie, 1744, von Maria Theresia aufrichtig und tief betrauert. Berühmt ist der Brief, welchen er am 21. Januar von der Königin aus der Hand des Grossherzogs im Lager von Linz empfangen hat.

[2]) Ludwig Heinrich Reichsgraf von Seckendorff hatte sich schon im spanischen Erbfolgekriege als Regimentsführer ausgezeichnet. Seine erfolgreiche mehrjährige Gesandtschaft in Berlin begründete seinen diplomatischen Ruf; als Feldherr hatte er Gelegenheit, sich 1735 durch den Weg bei Clausen hervorzuthun. Im Türkenkriege zum Oberbefehlshaber ernannt, wurde er bald wegen Misserfolgen abberufen, wegen Unterschlagungen zur Verantwortung gezogen und in Graz gefangen gesetzt. Maria Theresia verschaffte ihm bei ihrem Regierungsantritt die Freiheit und alle seine früheren Ehren wieder. Dennoch begab er

Karl willfahrte ihm um so lieber, da er nach den letzten Misserfolgen seinem Feldherrn Törring kein volles Vertrauen mehr schenken konnte, jenem aber der Ruf eines ebenso erfahrenen Generals wie gewandten Diplomaten vorherging. Durch seine Kenntnis der österreichischen Verhältnisse wurde derselbe der kaiserlichen Sache um so mehr empfohlen. Nachdem ihn Karl zu einer kurzen diplomatischen Sendung an die Kabinette von Dresden und Berlin verwendet hatte, berief er ihn an die Spitze seines Heeres; Törring, dessen militärische Unfähigkeit sein kaiserlicher Herr endlich erkannt hatte, wurde abberufen.[1])

---

sich nach der ihm anvertrauten Reichsfestung Philippsburg und trat dann in bayerische Dienste über. Gestorben ist er 1763 auf seinem Gute Mauselwitz bei Altenburg.

Vgl. seine beiden Lebensbeschreibungen, deren eine, von Bellamintes (unter diesem Pseudonym verbirgt sich der Publizist Heinrich Kornelius Hecker, Weller, Lexicon Pseudonymorum B. I S. 64.) völlig unbrauchbar ist, während die andere vier Bände umfassende von Theresius v. Seckendorff vielfach der pragmatischen Staatengeschichte Adelung's folgt (Seeländer: Graf Seck. u. der Friede zu Füssen S. 9), welche wiederum zum grossen Teil auf die »Neue europäische Fama« und dadurch indirekt auf den »Mercure historique et politique« zurückgeht. Vgl. Zeitschrift für Preussische Geschichte und Landeskunde XIII. Jahrgang, Januar-Februarheft. Zeitungen im 1. Jahrzehnt Friedrichs des Grossen S. 3.

Die Ansichten, weshalb S. in bayerische Dienste übergetreten, gehen vielfach auseinander. Zeitgenössische Schriftsteller meinen, es sei aus Rache geschehen. Auch Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrh. B. III S. 183 weiss uns zu berichten, dass S. »trotz seiner hohen Jahre vor Begierde glühte, sich an Oesterreich zu rächen.« Dagegen sagt Arneth B. II S. 124 »erst als Oesterreich unterzugehen schien, kettete auch er sein Schicksal nicht länger an ein scheiterndes Schiff. Er wandte sich dorthin, woher neue Gunst, neue Ehren und neue Glücksgüter zu erwarten waren.« In der That ist nicht einzusehen, warum S., wenn Gfrörer's Ansicht richtig wäre, noch von Philippsburg aus den österreichischen Generälen Ratschläge gegen ihre Gegner zukommen liess. So berichtet Lobkowitz am 20. Oktober 1741 an Maria Theresia, dass S. ihm seinen Adjudanten Freiherrn v. Escher mit militärischen und diplomatischen Ratschlägen zugeschickt habe. Der Brief abschriftlich im W. St. Ar. Kriegsakten, Berichte Lobkowitz an die Königin. Auch früher schon, Februar 1741, hatte er den in Schlesien operierenden General Leutulus Massregeln zur Gefangennahme König Friedrichs vorgeschlagen. (Arneth I, S. 151 ff.)

Er selbst sucht seinen Parteiwechsel damit zu motivieren, dass er als Reichsfeldherr dem nunmehrigen Kaiser seine Dienste hätte anbieten müssen. Um dies glaublicher zu machen, setzte er seinen Uebertritt erst nach Karls Krönung ins Werk; doch müssen wir annehmen, dass der Entschluss dazu schon vorher gefasst worden, als noch Karls vielversprechende glückliche Anfänge seinem Ehrgeize lockende Ziele verheissen mochten und die wenig später eintretende unglückliche Wendung von keinem geahnt werden konnte. Wenigstens würde es S. Charakter durchaus nicht entsprechen, wenn wir von ihm annehmen würden, dass er sich zum Retter einer halb verlorenen Sache habe aufwerfen wollen.

[1]) Es geschah dies in der mildesten Form. Karl selbst sagt hierüber: » . . . j'avois rappellé le maréchal de Terring aiant indispensablement besoing de sa personne pour les affaires d'état«. (Tagebuch S. 62.)

Der Wechsel im Oberbefehl machte sich schnell genug bemerkbar. Nach wenigen Wochen war das Land vom Feinde gesäubert. Frühjahr 1743 konnte Karl unter dem hellen Jubel der Seinen den Einzug in die Hauptstadt halten; freilich sah er auch hier nur wenige frohe Stunden. Die Unbotmässigkeit der französischen Führer, die Unmöglichkeit, zwischen ihnen und den bayerischen Generalen ein einigermassen gedeihliches Verhältnis herzustellen, erfüllte ihn auch im Schoosse seines Volkes mit schweren Sorgen vor der Zukunft. Der Beginn des folgenden Jahres rechtfertigte sie nur zu sehr. Khevenhüller's Scharfblick hatte längst erkannt, wie gefährdet die weite Verteidigungslinie war, welche die bayerischen Winterquartiere von Braunau über Dingolfing bis Deggendorf bildeten.[1])

Am 6. Mai überrannte er mit Uebermacht das Lager des General Minuzzi bei Simbach, welcher selbst verwundet und mit 800 Mann gefangen wurde; wenig später umlagerte er Braunau, wohin sich der Rest der Geschlagenen geflüchtet hatte.[2]) Not und Gefahr verschärften den Zwist der Generale, statt ihn zu beenden. Mit Schmerz musste Karl sehen, wie wenig sein kaiserliches Wort den französischen Heerführern galt, die doch angeblich unter seinem Befehle standen.

Trotz ansehnlicher Verstärkung räumte der völlig unfähige Herzog Broglie das feste Ingolstadt, von Donauwörth aus erliess er an Karl die Erklärung, dass er sich genötigt sehe, Bayerns Boden zu verlassen.[3]) Die Folge dieses Schrittes war Seckendorff's

[1]) Seckendorff ist hier nicht freizusprechen von der Schuld, seine Truppen in den Quartieren allzuweit zerstreut zu haben, (Ranke, III S. 60), ein Fehler, den er auch schon im Türkenkriege begangen hatte. (Arneth B. I S. 38.)

[2]) Karl gibt in seinem Tagebuche den Gesamtverlust mit 1200 Mann viel zu niedrig an. Der Grund zu dieser unvermuteten Niederlage ist in der Vielköpfigkeit des Oberbefehls zu suchen. Ranke misst die Hauptschuld dem Marschall Broglie zu; doch auch Seckendorff und Minuzzi sind schuldig, jener, weil er nicht that, was Broglie unterliess; dieser, weil er Seckendorffs Befehle zum Rückzug nicht zeitig genug Folge geleistet hat. Im Gegensatze zu Friedrich dem Grossen rühmt übrigens Khevenhüller die Umsicht Minuzzis bei dieser Affaire, indem er am 10. Mai darüber berichtete: »Le general Minucci qui commendoit a fort bien sû profiter de touts ses avantages, et j'ai eu besoin de fixer toute mon attention sur les moyens de faciliter l'attaque. (W. St. Ar. Kriegsakten 365).

Bezüglich der Zahl der Flüchtlinge berichtet Arneth (B. II S. 218) »nur Wenige vermochten sich nach Braunau zu retten«. Dieser Ansicht scheint er später (B. II S. 250) selbst zu widersprechen, wenn er hier sagt, dass die Besatzung Braunau's »durch einen Teil der Flüchtlinge von Simbach ansehnlich verstärkt worden.« Letzteres wird uns auch durch die Thatsache bestätigt, dass bei der nachher erfolgten Uebergabe der Stadt nicht weniger als 4078 Mann kriegsgefangen wurden, eine ganz unverhältnismässig starke Besatzung. (S. Khevenhüller an Lord Stair, 8. Juli 1743, abschriftlich im W. St. Ar. Kriegsakten 353.)

[3]) Friedrich ist der Ansicht, dass Broglie's Rückzug im Einverständnis mit dem Pariser Hofe erfolgt sei. (Histoire de mon temps; Publikationen B. IV S. 288).

eigenmächtige Konvention von Nieder-Schönfeld, durch welche die kaiserliche Armee zur Neutralität gezwungen wurde.[1]) Dass dieselbe keine dauernde sein würde, stand beiden Parteien von vornherein fest.

Schon Anfang 1744 sehen wir die Bayern, von Seckendorff mit Geschick reorganisiert, im Lager vor Philippsburg in fester Stellung zusammengezogen. Die nun folgenden Kriegsereignisse des Jahres 1744 sind bekannt; des Prinzen Karl von Lothringen Uebergang über den Rhein[2]), dann, als ihn der Einfall Friedrichs II.

Ihn widerlegt Rousset in Correspondance de Louis XV. et du maréchal de Noailles B. I Introduction XLII. Der König hatte Noailles die Entsendung von 12 Bat. und 10 Escad. befohlen; denn wie er schrieb: »Mon intention n'est pas d'abandonner l'Empereur ni la Bavière«. S. XLIV fährt Rousset dann fort: »L'erreur de Frédéric est ici complète: le maréchal de Broglie fut disgracié, pour avoir sans ordre positif évacuè la Bavière. Il est étrange que le roi de Prusse ait été si mal renseigné sur une affaire de cette importance«. Vgl. ferner: Noailles an Ludwig 8. Juli. (Campagnes du maréchal N. B. I. S. 144) und Mémoires du duc de Noailles S. 315.

[1]) Die Ueberlieferung weiss von einer Zusammenkunft des Kaisers mit Seckendorff vom 25. Juni in Augsburg zu berichten, wobei Seckendorff zum Abschlusse eines Neutralitätsvergleiches soll ermächtigt worden sein (Lebensgeschichte Seckendorffs B. II S. 178); auch Lipowsky (Lebens- und Regierungsgeschichte des Churf. von Bayern, Karl Albert S. 396) und Garden (Histoire des traités de paix. B. III S. 285) erzählen, dass Seckendorff die Convention auf Grund der ihm vom Kaiser zugestandenen Vollmacht geschlossen habe. Aehnlich äussert sich Arneth (B. II S. 255): »Seckendorff erhielt den Auftrag mit dem Prinzen Karl von Lothringen in direkte Verhandlungen zu treten«. Die Unrichtigkeit dieser Angaben ergiebt sich deutlich aus Karls Tagebuche S. 94, wo es heisst: » . . . . bien loing d'avoir donné à Seckendorff des pouvoirs de traitter, moins de conclure une telle convention, je regardois toute cette affaire comme très imparfaite et nullement obligatoire. »Karls Erzählung,« (bemerkt hierzu Heigel), »wirft auf diese Verhandlungen Seckendorffs neues Licht.« Der Verdacht, dass der kaiserliche Feldherr die Convention mehr im österreichischen als bayerischen Interesse geschlossen, erhält dadurch neue Nahrung, dass er nichts that, um, wie Maria Theresia und Bernclau befürchtet (Arneth II S. 273), der Festungskommandant Grandville erwartet (vgl. dessen Briefe vom 4. August an d'Argenson, Campagnes de Coigny, B. I S. 101 und 10. September ebenda B. II S. 207), und Kaiser Karl selbst mehrfach befohlen hatte (vgl. Tagebuch, S. 100 und Kleemann· Geschichte der Festung Ingolstadt bis zum Jahre 1815 S. 98 ff.), die letzte bayerische Festung zu retten. Wir können nicht annehmen, dass ihn die Nieder-Schönfelder Convention abgehalten habe, den leicht ausführbaren Entsetzungsversuch zu machen, da ja dieselbe in der That von keiner Seite gehalten worden und schon Anfang August in Vergessenheit geraten war. (Vgl. histor. Sammlung von Staatsschriften unter Kaiser Karl VII., B. III S. 68). Der später noch geführte »Briefwechsel wegen des Bruches der Nieder-Schönfelder Convention« (Fama, I 109 S. 164 ff.) war eben nur für die öffentliche Meinung bestimmt.

[2]) Seckendorffs Verhalten hiebei ist vielfach getadelt worden. Schon damals haben die Franzosen auf ihn die schlimmsten Verdächtigungen gehäuft; einmal, weil er nicht schnell genug zur Stelle war; dann vor allem, weil er den Angriff auf die schon Gelandeten nicht gewagt hatte. Camp. de Coigny B. VI S. 52: Réflexions sur le passage du Rhin, le 8 juillet 44. Auch Schlosser und mehr

nach Böhmen rief, sein Rückzug über den Strom gehörten zu den gefeiertsten Kriegsthaten der Zeit. Einzig und allein dem Angriffe Preussens hatte der Kaiser die nochmalige Rückkehr in die ererbten Lande zu verdanken.

Es war begreiflich, dass er, durch Krankheit tief gebeugt, im Bewusstsein des nahen Todes, kein sehnlicheres Verlangen kannte, als die Ruhe des Friedens. Auch mochte er mehr als je hoffen, einen vorteilhaften Vergleich schliessen zu können, jetzt, wo er nach frisch erkämpftem Siege der Königin als Herr seines Landes ebenbürtig gegenüberstand; zumal ihr soeben erst in Preussen ein neuer Gegner erwachsen war. Aber gerade um mit Karl zu einem friedlichen Abschlusse nach ihrem Sinne gelangen zu können, verdoppelte Maria Theresia ihre kriegerischen Anstrengungen.

Da der Kaiser die Oberpfalz nicht aufgeben und, wie Bellisle geraten haben soll[1]), die gesamten Streitkräfte hinter die Isar zurückziehen wollte, mussten die Bayern auch diesmal wieder in weit entlegenen Quartieren überwintern. Es war der alte Fehler, der sich schon einmal so schwer gerächt hatte. Auch jetzt stützte Maria Theresia auf ihn ihren Kriegsplan. Mitten im Winter 1744 musste Feldzeugmeister v. Thüngen in der Oberpfalz die Operationen eröffnen, um zunächst die Verbindung mit Ingolstadt herzustellen[2]), dem festen Stützpunkt Oesterreichs im westlichen Bayern. Im Januar wurde Amberg, wenig später auch das befestigte Neumarkt umlagert. Seckendorf, welcher völlig seine Pflichten als Feldherr vernachlässigte, begnügte sich, am 15. Januar an Segur die Aufforderung zu senden, die wichtigen Städte zu retten.[3]) Doch der Befehl kam zu spät. Am selben Tage ergab sich das feste Neumarkt den Siegern. Die Besatzung, noch 1790 Mann stark[4]), streckte die Waffen. Dadurch war die Ver-

---

noch Ranke finden sein Verhalten äusserst befremdend. Dagegen sehen wir in der österreichisch-militärischen Zeitschrift 1823 (Feldzug des Prinzen Karl von Lothringen im Jahre 1744 im Elsass) die Ansicht vertreten, dass Seckendorffs Streitkräfte für einen Angriff zu schwach gewesen seien, freilich mit dem Zusatz: »Es erhellt nicht, ob diese oder andere Gründe ihn bestimmten, den Angriff aufzugeben.«

[1]) S. »Ursachen, welche Ihro Churfürstliche Durchlauchtigkeit von Bayern bewogen mit Ihro Mayestät der Königin von Ungarn einen Vergleich zu treffen.« Abschriftlich im W. Kr. Ar., abgedruckt in der »Neuen Sammlung von Staatsschriften nach Ableben Karls VII.«, (B. I S. 647 ff.) Ueber den Wert dieser Publikation siehe Seeländer: »Graf Seckendorff und der Friede von Füssen.«

[2]) Batthiany an Grossherzog Franz, 6. Januar. W. Kr. Ar.

[3]) Originalbrief im W. Kr. Ar.

[4]) Spezifikation über am 15. in Neumarkt gemachte Gefangene. W. Kr. Ar. In der Oesterreich.-Militär. Zeitschrift 1826, B. I S. 83 wird die Zahl der Gefangenen auf 1054 berechnet.

bindung mit Ingolstadt hergestellt, die Oberpfalz den Bayern wieder so gut wie gänzlich entrissen. Das Schlimmste war, dass die Franzosen sich weniger wie je willens zeigten, der bayerischen Sache noch weitere Opfer zu bringen.

In einer Konferenz zu Versailles vom 7. Januar soll offen die Frage erwogen worden sein, ob es nicht für Frankreichs Heil das Ratsamste wäre, selbst Frieden zu schliessen und auch den Kaiser zu einem Vergleiche zu bewegen.[1]) Gerade vor Frankreich aber waren in Wien die Befürchtungen am grössten; wenn Marschall Maillebois seine 18,000 Mann am Mittelrhein mit den in Schwaben einquartierten Streitkräften vereinigte, welche auf 33 Bataillone und 76 Eskadrons geschätzt wurden, so konnte der Feldzug von 1741 leicht eine Wiederholung erfahren.[2]) In der That jedoch ist der kühne Gedanke an einen Heereszug donauabwärts von französischer Seite nicht mehr erwogen worden. Die bitteren Erfahrungen aus den Kämpfen in Bayern und Oesterreich warnten vor einem wiederholten Wagnisse in diesem Sinne. So sah sich Bayern fast nur auf eigene Kraft gestellt, welche der des Hauses Oesterreich in keiner Weise gewachsen war.

Diese Ueberzeugung, sowie die wachsende Befürchtung, noch einmal als Flüchtling sein Land verlassen zu müssen, hatten Karl bewogen, nochmals den Weg der Versöhnung einzuschlagen.[3]) Er mochte fühlen, dass es rasch mit ihm zu Ende gehe, und wollte sein Land nicht im Unfrieden zurücklassen und seinem jungen Nachfolger ein gleich hartes Geschick ersparen, wie es ihn selbst betroffen hatte. Daher entsandte er den Freiherrn v. Raab zu Rauenstein an den greisen Fürstbischof von

---

[1]) Abschrift eines Schreibens aus Paris vom 18. Januar. M. St. Ar.

[2]) Nota für einen Hochlöbl. Hofkriegsrat vom 8. Januar. W. St. Ar. Kriegsakten 351.

[3]) Seit dem Breslauer Frieden hatten die Verhandlungen eigentlich nie ganz geruht. Bayern wollte Maria Theresia behalten; der Gedanke, wie Karl dafür am besten entschädigt werden könne, bildete den Gegenstand der verwickeltsten Kombinationen, liess die wunderlichsten Projekte zu Tage treten. Da sollte Bayern bald gegen die Niederlande ausgetauscht werden (vgl. historische Sammlung von Staatsschriften B. II S. 233—246: Vorschlag zu einem Frieden zwischen Bayern und Oesterreich von Prof. Schmauss, dem bekannten Staatsrechtslehrer i. Göttingen), bald gegen ein neuzubildendes Reich aus den französischen Eroberungen von Elsass, Lothringen und Burgund; sogar an eine Entschädigung für Karl im südlichen Italien ist allen Ernstes gedacht worden. Alle diese Verhandlungen waren an der Weigerung des Kaisers gescheitert, seine Erblande aufzugeben, und, wie wohl verlangt worden, seine Waffen gegen Frankreich selbst zu richten. (Vgl. sein Schreiben an Seinsheim vom 6. August. Heigel, Korrespondenz Karls VII. mit Graf Seinsheim, 1788—43. Abhandlungen der bayerischen Akademie, III B. XIV). Des Kaisers eigene Vorschläge, welche der Gesandte Hasslang in London vorbrachte und 1743 Prinz Wilhelm von Hessen in den Hanauer Verhandlungen mit König Georg von England vermittelte, hatten ebenfalls zu keinem Resultate geführt.

Bamberg und Würzburg, Karl Friedrich v. Schönborn, mit der Mission, denselben um seine Vermittlung zu bitten. Am 11. Januar kam Raab in Bamberg an, wo er dem Bischof den Wunsch des Kaisers überbrachte, auf Grund der schon zu Hanau 1743 gestellten Forderungen den Frieden einzugehen.[1]) Jener versprach, sich der kaiserlichen Sache anzunehmen. Seine Absicht ging dahin, den österreichischen Gesandten in Mainz, Baron Karl Heinrich v. Palm, zu sich zu berufen, ihm des Kaisers Forderungen als seine eigenen Vorschläge zu eröffnen und ihn schliesslich zu veranlassen, dieselben in Wien der Königin zur Begutachtung vorzulegen.[2])

Doch ehe es dazu kam, hatte sich Kaiser Karls Schicksal erfüllt. Die Furcht vor einer nochmaligen Vertreibung mag sein Ende beschleunigt haben.[3]) Am 20. Januar 1745 schied er aus einem Leben, das ihm so wenig Glück beschieden hatte. Ueber seiner kaum geschlossenen Gruft erhob sich ein Spiel der Intriguen, wie es eben nur da möglich war, wo sich Interessen der verschiedensten Richtung kreuzten und befehdeten.

---

[1]) B. v. Raab an Preising. 13. Januar. Or. K. B. Geh. St. Ar.

[2]) B. v. Raab an Kaiser. 14. Januar. Or. ebenda.

[3]) Klinggräffens Bericht vom 19. Januar. Polit. Korresp. B. IV, S. 71 und Reskript an Palm, Wien 5. Februar 1745. Häberlin, Staatsarchiv B. V, S. 108.

I. Kapitel.

Die Parteien am Münchener Hofe nach dem Tode Kaiser Karl VII.

DAS Ableben Kaiser Karls war ein politisches Ereignis von weittragendster Bedeutung.[1]) Begreiflich genug, wenn wir die gleichzeitige politische Lage ins Auge fassen und uns die Hoffnungen und Befürchtungen vergegenwärtigen, welche mit seiner Person verbunden waren. Mit lauter Genugtuung wurde die Nachricht in Wien begrüsst, wo sich hiedurch die Zukunft völlig gelichtet hatte.[2]) Es war wieder einmal eins jener »Mirakel des Hauses Habsburg«, über welche Friedrich der Grosse sich so oft mit Bitterkeit geäussert hat. Maria Theresia übersah sofort die volle Bedeutung des Ereignisses; von diesem Augenblicke an leistete sie ernsthaft Verzicht auf alle Pläne, sich in Bayern ein zweites Schlesien zu erobern.[3]) Hatte sie schon früher bei Friedrichs Schilderhebung für den

[1]) »Voila encore un grand événement qui changera bien les scénes,« schreibt Friedrich am 26. Januar an seinen Gesandten Andrié in London (nicht an Klinggräffen, wie Raumer in seinem Werke König Friedrich II. und seine Zeit, S. 209 anführt). S. Polit. Korresp. B. IV, S. 23 und Friedrich an Andrié vom 27. Januar ebenda S. 26.

[2]) »Der Todesfall des Kurfürsten von Bayern hätte menschlichen Ansehen nach vor das österreichische Ertzhauss zu keiner gelegener Zeit erfolgen können, und ist hierbey abermahlen die göttliche Provedenz, welche über Ihre Mayestät die Königin wacht, augenscheinlich wahr zu nehmen.« S. Reflexions über das Absterben des Kurfürsten von Bayern. W St. Ar. Vorträge 80. Maria Theresia pflegte, wie die Habsburger alle, sich gerne bei glücklichen Ereignissen auf den »sichtbaren Schutz« Gottes zu berufen.

[3]) Zumal Bartensteins »Lieblingsgedanke« war es gewesen, das verlorene Schlesien durch Bayern zu ersetzen. »Denn mit richtigem Blicke erkannte er schon damals, dass, wenn Oesterreich nicht in Deutschland selbst eine Entschädigung für Schlesien zu erlangen vermöge, früher oder später seine Suprematie in Deutschland an das mit allen Mitteln darnach strebende Preussen verloren gehen müsse. (Vgl. Joh. Christoph Bartenstein und seine Zeit; Arneth in dem Archiv für österreichische Geschichte B. XXXXVI S. 42.) Diesen Gedanken liess Maria

Kaiser den Gedanken an eine Wiedereroberung ihres alten Erblandes ins Auge gefasst, so war ihr dessen Verwirklichung doch erst jetzt nahe gerückt, wo sie Hoffnung hatte, sich eines so hartnäckigen Gegners wie Bayern endgiltig zu entledigen, damit dem gefürchteten Flankenkriege ein Ende zu machen und ihre gesamten Streitkräfte gegen Friedrich einzusetzen. Auch stieg damit die Aussicht, für ihren Gemahl doch noch die Kaiserkrone zu erwerben, ein Ziel, welches sie von nun an ebenso folgerichtig wie beharrlich verfolgt hat.

Ein um so härterer Schlag war der Tod des Kaisers für die preussische Politik, zumal man hier wie überall über die Pläne des Münchener Hofes im Unklaren war. Wir sehen, wie Friedrich sofort in die Verhältnisse daselbst einzugreifen suchte, um sie zu seinen Gunsten zu gestalten und den jungen Kurfürsten zur Fortsetzung der Kaiserpolitik seines Vaters zu veranlassen. Scharfsichtiger als sein Gesandter in München erkannte er vom ersten Augenblicke an die Wahrscheinlichkeit eines Separatfriedens Bayerns mit Oesterreich.[1]) Er verfehlte daher nicht, den jungen Kurfürsten seines Beistandes zu versichern und ihn zugleich an die Gemeinsamkeit ihrer beiderseitigen Interessen zu erinnern.[2])

Auch in Frankreich, wo Hof und Volk des opfervollen, ruhm- und erfolglosen Krieges schon herzlich müde waren[3]),

---

Theresia wieder fallen, als ihr der erneute Angriff Friedrich's 1744 die Aussicht bot, Schlesien zurückzugewinnen. Ranke meint daher, dass der preussische Einfall in Böhmen »mit nichten Schrecken, noch auch eine sehr ernstliche Besorgnis, sondern eher entgegengesetzte Empfindungen« erweckt habe. (Preuss. Geschichte B. III S. 179.)

[1]) S. Friedrich an Klinggräffen, 9. Februar, Polit. Corresp. B. IV S. 40.

[2]) S. Friedrich an den Kurfürsten, 5. Februar, K. B. Geh. St. Arch.

[3]) Die Stimmung, welche die Nachricht im französischen Volke hervorrief, kennzeichnet ein in diesen Tagen entstandenes Lied, welches sich abschriftlich im Mainzer Archiv befindet. Der österreichische Hofkanzler Ulfeld hatte es am 5. März an Kesselstatt gesandt.

Chanson sur l'air de Mr. le Prevot des Marchands.

,La nuit du vingt au vingt et un
Monsieur l'Empereur est defunt
Il est mort d'avoir rendu l'âme
Et par ce coup d'un sort malin
Veuve est resteé sa pauvre femme
Et Monsieur Son Fils Orphelin.

S'il a bien ou mal fait
On en jugera par l'effet
S'il donne la paix à la France,
Il ne peut qu'en être approuvé
Mais s'il nous remet en depense
C'est bien le tour d'un reprouvé.

wurden neue Pläne und Entwürfe an den Todesfall geknüpft. Ludwig XV. selbst nahm die Nachricht mit jener Gelassenheit hin, welche seinen Urgrossvater bei solchen Gelegenheiten zu charakterisieren pflegte.[1]) Es ist damals thatsächlich, wenn auch nur vorübergehend, an eine Aussöhnung mit Oesterreich gedacht worden.

Zunächst freilich waren alle Pläne eitel, so lange man nicht wusste, wie der junge Kurfürst Max Joseph sich selbst zu der Frage der Succession stellen würde. Mit Spannung wurden daher an den europäischen Höfen, zumal in Wien, die ersten Aeusserungen seiner Politik erwartet. Die Frage, ob er die Titel seines Vaters als Erzherzwg von Oesterreich und König von Böhmen annehmen werde, bewegte aller Gemüter.[2]) Rühriger denn je waren die Federn der Publizisten in Bewegung; die Ungewissheit der nächsten Zukunft liess ihrer Phantasie den weitesten Spielraum.

Freilich herrschte in München selbst über die zunächst einzuschlagenden Schritte durchaus keine Klarheit. Kaiser Karls Ableben hatte hier eine Verwirrung zur Folge, welche um so grösser war, je unerwarteter dieses Ereignis in die Kombinationen der leitenden Kreise eingegriffen hatte, und je willenloser der junge, von seinem sterbenden Vater eben erst mündig erklärte Fürst, statt über den Parteien zu stehen, um sie zum Massvollen zu lenken, ihren wechselnden Einflüssen selbst hingegeben war.

On va pour l'éducation
Mettre son fils en pension
Et la veuve qui se lamente
L'Europe va faire un effort
Pour la faire entrer gouvernante
Des enfants de Mr. Dufort.'*)

*) Dufort est un fermier General.

Diese Anspielung auf einen Generalpächter, namens Dufort, ist mir nicht recht verständlich. Vgl. ferner den Bericht Chambrier's aus Paris bei Ranke, B. III S. 217. Anm. , . . . ils tous envisagent cette mort comme un moyen, qui leur procureroit la paix.'

[1]) Die »Neue Europäische Fama« (T. 117 S. 797) weiss zu berichten, dass der König nach Empfang der von Chavigny entsandten Depesche am Abend des 25. Januar dieselbe ruhig einsteckte und dann soupierte, ohne ein Wort davon zu sagen. Erst nachher habe er den Tod des Kaisers in kühlen Worten bekannt gegeben und mit dem charakteristischen Ausruf seine Mitteilung beschlossen: »Was für Mühe und Arbeit ist für uns nun nicht vergebens«.

[2]) Siehe den Bericht des venetianischen Gesandten in Wien, Nicolo Erizzo vom 1. Februar: »Questa Corte intanto è nella grande attenzione di saper, quali saranno le risoluzioni del nuovo Elettore di Baviera. Il punto, sopra cui versa in ora la maggior curiosità, è del titolo, che sarà per assumer, poichè se prendesse quello di Re di Boemia e di Archiduca d'Austria, questo sarebbe un segno manifesto, che pensarebbe di continuare nelle massime del defonto Imperatore, suo Padre. W. St. Ar. Senato III (Secreta) 250.

Unerfahren in den Geschäften, niedergedrückt durch die Grösse des eben erlittenen Verlustes, stand der 17jährige Jüngling unentschlossen vor der Notwendigkeit, bezüglich der Nachfolge einen Entschluss zu fassen, vor dessen Folgen er zurückschreckte, ohne sie ganz zu überblicken.[1])

[1]) Seeländer (Graf Seckendorff und der Friede von Füssen) sagt zwar, dass Max Joseph sogleich entschlossen gewesen sei, die Ansprüche seines Vaters in vollstem Umfange aufrecht zu erhalten, dass er namentlich nach der Kaiserwürde mit einer »gewissen Leidenschaft« gestrebt habe (S. 44 u. 46). Er stützt sich dabei auf die Berichte Klinggräffen's vom 22. Januar, 6. Februar und 9. März. Dennoch halte ich diese Auffassung für unrichtig. Einmal aus äusseren Gründen. Einige davon, wie Max Joseph's Abneigung gegen Frankreich sowie die Ermahnungen des sterbenden Kaisers (Arneth III, 9) führte Seeländer selbst an. Sodann aber hatte nach unserer Ansicht der junge Fürst überhaupt noch keine eigene politische Meinung. (Vgl. W. St. Ar. Puncta, von Generalfeldzeugmeister v. Thüngen eingesandt: »Der junge Churfürst wäre so unwissend, dass selber sogar schon den feldmarschall Seckendorff zu Sich ruffen lassen, umb Ihme mit rathschlägen an Hand zu gehen, zu deme begreiffe Er nicht einmahl die kleinigkeiten, falls Er aber selbe begreiffe, hätte Er nicht das Hertz, seinem Ober-Cammerherrn Preysing, so dermahlen das meiste gehör hat, zu sagen, was Er am rathsamsten befunden«). Er folgte eben zumeist den Ratschlägen der Kaiserin, sowie Preysings, deren Ansehen anfangs dominierte (Arneth B. IV S. 400; Bericht des modenesischen Geschäftsträgers Chiochetti, 26. Februar). Diese beiden aber haben, wie wir wissen, sicherlich für den Frieden geredet. Zweitens aber wird den Angaben Klinggräffens in anderen gleichzeitigen Begriffen durchaus widersprochen. So schreibt am 1. Febr. Erizzo (W. St. Ar. Senato III, Secreta 251): » . . . . da buon fonte mi riviene che nonostante li efficacissime sollecitazioni di vari Ministri esteri, e particolarmente di quello di Francia Sig. Chavigny, non abbia voluto assumersi tal titolo, ma solamente quello d'Elettore.«

Diese »gute Quelle« des Venetianers ist offenbar der Bericht Stoppanis an Kardinal Paolucci, worin gesagt wird, dass der junge Kurfürst zur Aussöhnung mit Oesterreich hinneige (Arneth III 9). Wichtiger noch erscheint die Mitteilung, welche der Freiherr von Raab dem Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, auf dessen Anfrage nach der Stimmung des jungen Max Joseph hin gemacht hat, dass der Kurfürst zum Frieden entschlossen sei, was den Bischof wiederum zu seinen beiden Schreiben an Starhemberg und Königsegg vom 26. Januar veranlasste. (S. Raabs Bericht an den Kurfürsten, 6. März. K. B. Geh. St. Ar.). Damit ist auch Seeländers Behauptung hinfällig, es stehe fest, dass der junge Kurfürst die Aussöhnungsversuche seines Vaters nicht fortgesetzt habe (S. 46). Schliesslich könnte man darin, dass der Kurfürst den Titel als Erzherzog annahm, nicht sowohl eine Fortsetzung, als darin, dass er den eines Königs von Böhmen nicht annahm, ein Einlenken gegenüber der väterlichen Politik erblicken, oder doch wenigstens ist das Bestreben ersichtlich, sich nach beiden Richtungen hin die Wege offen zu halten. Aehnlich ist diese Massregel vielfach in jenen Tagen aufgefasst worden. Das Grfl. Törr. H. Ar. verwahrt ein Originalschreiben des Herrn v. Montmartin aus Schweinfurt (wo sich derselbe, wie ich annehme, als bayerischer Gesandter am fränkischen Kreistage befand) an Grafen Emanuel v. Törring, den ersten bayerischen Wahlgesandten in Frankfurt, (der zweite war Baron von Raab), worin es heisst: » . . . on soutient icy que le Prince royal (diese Titulatur wurde Max Joseph zur Zeit noch beigelegt) n' a pas pris le Titre de Roy de Boheme mais simplement d'Electeur et d'Archiduc d'Autriche; circonstance de la quelle on conclû qu' il est porté à s'accommoder avec la Cour de Vienne et d'abandonner totalement les maximes de Son Auguste Pere de Glorieuse memoire.«

Wir werden dieses Zögern des jungen Fürsten um so begreiflicher finden, wenn wir uns die Gesinnungen der Männer vergegenwärtigen, welche durch ihre Stellung in erster Linie berufen waren, die fernere Politik Kur-Bayerns zu leiten.

Von jeher hatten hier zwei Parteien bestanden; als deren Führer wir nunmehr die beiden Marschälle Seckendorff und Törring bezeichnen können, von denen uns der letztere, Graf Ignaz Felix Joseph v. Törring-Jettenbach, bayer. Feldmarschall und Konferenzminister, so recht als eigentlicher Vertreter und rücksichtsloser Verfechter der Grossmachtspolitik seines engeren Vaterlandes gelten kann. Aus altbayerischem Geschlechte, welches dem Lande schon manchen hervorragenden Mann gegeben hatte, vertrat er jene traditionelle Richtung, welche ihr Heil im engsten Anschluss an Frankreich erblickte. Bekanntlich ist von politischen wie nationalen Gesichtspunkten diese durch Jahrhunderte fortgesetzte rückhaltlose Hingabe an Frankreich oft und scharf getadelt worden. In der That hat auch das französische Bündnis dem Bayerlande keinen Segen gebracht; es jedoch als undeutsch zu verurteilen, kann vom Standpunkt jener Zeit aus betrachtet sicherlich nicht für richtig gelten. Sehen wir doch häufig genug deutsche Fürsten im Bunde mit dem Auslande sich gegenseitig befehden und war doch das Bündnis gegen eine Macht gerichtet, welche von vielen schon damals nicht mehr als eigentlich deutsch angesehen wurde. Oesterreich hatte es seit langem verscherzt, die deutschen Interessen nach Aussen hin zu vertreten; seine erbarmungslose Kriegführung, getreu dem Losungsworte Maria Theresias, »das Land (Bayern) soll nicht geschont werden«, war vollends geeignet, dieser Ansicht auch weiterhin Geltung zu verschaffen. Im magyarischen Süd-Osten lag sein politischer Schwerpunkt, sowie der Kern seiner Wehrkraft; von hier, der Wurzel seiner Macht, freilich auch seiner Schwäche, war ihm in den Stunden der Gefahr die Rettung gekommen. Dabei kann jedoch nicht

---

Nicht unerwähnt soll ferner bleiben, dass auch sonst Klinggräffens Berichte keineswegs stets unanfechtbar sind. Seiner Relation vom 13. März kann auch Seeländer keinen unbedingten Glauben schenken (S. 57), eine andere vom 4. Mai ist voll von offenbaren Unrichtigkeiten (S. 60). Darnach soll Colloredo eher in Füssen gewesen sein, als Fürstenberg; jedoch ist das Gegenteil erwiesen. Ferner spricht der Bericht von Vorschlägen, welche Graf Loss, der sächsische Gesandte mitgeteilt habe; doch wir wissen, dass dieser überhaupt keine Vorschläge gemacht hat, auch gar nicht hat machen können, da er von dem Wiener Hofe auf ausdrücklichen Befehl Maria Theresias »in generalibus« abgefertigt worden (Instruktion an Colloredo. 10. März. W. St. Ar.; wie Seckendorff richtig erkannt hatte, Seckendorff an Praidlohn 4. März. M. St. Ar.). Gerade daraus, dass es bei den Verhandlungen so gänzlich übergangen worden, entsprang nach dem Abschluss des Friedens der Unmut Sachsens. (Vgl. König August an den Kurfürsten, 28. Mai, und Baron v. Wetzel an den Kurfürsten, 31. Mai. Beide Schreiben im M. St. Ar.).

geleugnet werden, dass Törring in seiner Hingebung an den westlichen Grossstaat allzuweit gegangen, denn indem er seinem politischen Streben die denkbar höchsten Ziele setzte, verschmähte er es nicht, sich zu deren Erreichung blindlings in Frankreichs Arme zu werfen. Im Wechsel des erbitterten Kampfes verlor er gänzlich den Weg zu einer aufrichtigen Versöhnung mit Oesterreich, und als derselbe dann von anderer Seite betreten wurde, musste er folgerichtig mit seinem Systeme fallen. Dass ihm daher schon von Zeitgenossen der Vorwurf nicht erspart geblieben, er sei von französischer Seite bestochen worden[1]), kann uns in einer Zeit nicht wundern, in welcher Bestechungen zu den beliebtesten und wirksamsten Künsten der Diplomatie gehörten und man von vornherein geneigt war, hinter politischen Handlungen persönliche Beweggründe zu suchen. Uebrigens wurde sein schroffer Standpunkt nur von den wenigsten Bayern geteilt, dafür hatte er begreiflicher Weise in den fremden Gesandten eine feste Stütze seiner Politik. Zumal der Vertreter Frankreichs Theodor de Chavigny, war ein Diplomat von ausserordentlicher Begabung, der freilich auch — hierin ein echter Schüler Fleurys — alle die kleinen Kunstgriffe und Ränke nicht verschmähte, durch welche damals nicht selten das Schicksal der Völker und Reiche entschieden wurde. Während er, vom Pariser Hofe nur wenig beeinflusst, durchaus selbständig handeln durfte und thatsächlich handelte, war der preussische Bevollmächtigte, der geheime Kriegsrat Joachim Wilhelm v. Klinggräffen, von den Weisungen seines königlichen Herrn durchaus abhängig; hinter Chavigny, an den sich zu halten ihm durch Friedrich ausdrücklich befohlen worden[2]), tritt er entschieden zurück.

Neben diesen Vertretern zweier so mächtiger Staaten verdienen die Gesandten von Spanien und Kur-Pfalz, del Bene und der Freiherr von Fürstenberg,[3]) eben nur genannt zu werden; beide haben auf den Gang der Entwicklung so gut wie gar nicht eingewirkt. Erwähnt sei noch der Vertreter von Kur-Mainz, Graf von Ostein, dessen politische Rolle jedoch bald darauf mit dem Erscheinen Kesselstatts zu Ende ging. Diesen Männern, welche durch die Einheit ihrer Interessen zu Gemeinsamkeit des Handelns gezwungen waren, stand die Friedenspartei gegenüber, deren unstäte Bestrebungen erst jetzt ein klares Ziel ge-

---

[1]) S. Erizzos Bericht vom 8. Mai (W. St. Ar.), wonach Törring seit Jahren von Frankreich Gelder erhalten habe; ähnlich Klinggräffen (Seeländer S. 31).

[2]) Friedrich an Klinggräffen; 29. Januar. Polit. Korresp. B. IV S. 28.

[3]) Nicht »Graf v. Fürstenberg«, wie ihn Klinggräffen in seiner Relation vom 25. April fälschlich nennt. Polit. Korresp. B. IV S. 145. Auch in dem Personenverzeichnis am Schluss findet sich der gleiche Irrtum (S. 396).

wannen, als Seckendorff, den meisten unbewusst, die Führerschaft mit kluger und geschickter Hand ergriff. Hatte dieser schon als Feldherr die auf ihn gesetzten Hoffnungen getäuscht und durchschlagende Erfolge nicht zu erreichen vermocht, wahrscheinlich auch gar nicht erreichen wollen, so sollte er jetzt als Diplomat, als ein Meister der Intrigue und arglistigen Berechnung dem Lande geradezu verhängnisvoll werden. Seine unvergleichliche, schon so oft bewährte Kunst, sich unter der Maske des Biedermannes seiner Umgebung angenehm und unentbehrlich zu machen, hatte ihm schon das Vertrauen Karls gewonnen, welcher ihm noch zuletzt die Fürsorge für seinen Nachfolger ans Herz gelegt haben soll. Mochte er auch dem Volke als Ausländer und Lutheraner verhasst sein, bei den Grossen des Hofes waren seine Talente sowie seine langjährige Erfahrung voll anerkannt und gewürdigt. Hinter ihm stand Schulter an Schulter die starke Partei der böhmischen Exulanten, wie die Gräfin Kinsky, die Grafen Wrbna und Dohalsky, sowie noch viele andere, von denen manche, wie Graf Johann Wenzel v. Kaiserstein[1]), in ihrer neuen Heimat schon zu angesehener Stellung gelangt waren. Ihnen musste der Friede erwünscht sein, da sie nur durch ihn hoffen durften, wieder in den Besitz ihrer verlorenen böhmischen und österreichischen Güter zu gelangen.

Doch auch von den Nationalbayern neigte die grosse Mehrzahl zu einem ehrenvollen Vergleiche. So auch der Vizekanzler Freiherr Franz v. Praidlohn, welcher dem Grafen Seckendorff besonders nahe stand, dessen spätere Bemühungen für den Frieden er zeitweilig aufs wirksamste unterstützte. Soferner der frühere Reichsvizekanzler, Graf Johann Georg v. Königsfeld, so der Obersthofmeister Fürst Joseph von Fürstenberg, welche sich beide, wie wir noch später sehen werden, nur zu durchaus eigennützigem Zwecke an dem Friedenswerke beteiligten; keiner von ihnen eine hervorragende Persönlichkeit; der letztere sogar geradezu zu jenen hochgeborenen Männern ohne Geist und Charakter gehörend, wie wir sie in der Geschichte der deutschen Fürstenhöfe des vorigen Jahrhunderts häufig genug zum Verderben ihres Landes in bedeutenden Stellungen finden. Eine mehr vermittelnde Haltung beobachtete der Obersthofkämmerer Graf Max Emanuel Franz v. Preysing, der anziehendste Charakter am Münchener Hofe, als Staatsmann wie als Mensch gleich offen und ehrlich. Auch er wünschte den Frieden, um das Land endlich von dem fast unerträglichen Kriegselend zu erlösen; freilich nicht um den hohen Preis, welcher später dafür bezahlt

[1]) Er war von Karl VII. zum kaiserlichen Kriegskommissar ernannt worden.

worden, und an welchen damals noch niemand gedacht hat. Neben der verwitweten Kaiserin Marie Amalie, welche von jeher zur Versöhnung geraten hatte, besass er den meisten Einfluss auf dem jungen Fürsten.[1])

Es kennzeichnet übrigens die in München herrschenden Verhältnisse, dass es daselbst einzelne Männer wie ein Graf Seydewitz wagen durften, offen und ungestraft mit dem Wiener Hofe zu korrespondieren.[2])

Dass bei derartigen Gegensätzen der leitenden Personen von einer zielbewussten Politik keine Rede sein konnte, ist ersichtlich.

Unstät schwankte das Staatsschiff hin und her; immer wieder suchten die einzelnen Parteien sich des Steuerruders zu bemächtigen, um es in ihrem Sinne zu handhaben.

Ein wirres Spiel allgemeiner Interessen und persönlicher Bestrebungen, nationaler Tendenzen und kleinlicher Gesichtspunkte, das war die Signatur der Politik des Münchener Hofes nach Karls VII. Ableben.

---

[1]) S. Erizzos Bericht vom 1. Februar (W. St. Ar.) und Chiochettis Bericht (bei Arneth IV S. 400, Anm. 14).

[2]) Praidlohn an Seckendorff, 2. März. M. St. Ar.

II. Kapitel.

Die Vermittelungsversuche der neutralen Fürsten und Seckendorffs entscheidendes Eingreifen in die Unterhandlungen.

MAN darf nicht glauben, dass die Parteien für und wider den Frieden sogleich nach Karls Tode sich geschlossen gegenübertraten; vielmehr nahmen, wie begreiflich, erst im Verlaufe der Unterhandlungen die einzelnen Männer ihre Stellung zu der bedeutsamen Frage, schlossen sich an Gleichdenkende an und fanden deren Unterstützung.

So sehen wir Seckendorff vorübergehend ganz von dem Schauplatz der Ereignisse verschwinden, und doch ist gerade er schliesslich die treibende Kraft des Ganzen geworden. Der Tod des Kaisers bot ihm die gewünschte Gelegenheit, den in seinem Innern schon längst gereiften Entschluss[1]) auszuführen. Am 22. Januar teilte er dem Kurfürsten mit, dass nach seiner Meinung mit Karls Tode auch seine »Denenselben als Römischen Kayser gewidmete getreueste Dienste« beendet seien und bat, ihn seines Feldherrnamtes zu entbinden.[2]) Um den Ernst dieses Entschlusses

[1]) Schon seit einem Jahre beschäftigte ihn der Gedanke an einen Rücktritt. S. Graf v. Bayern an d'Argenson; den 14. Mai 1744: » . . . vous verrez dans cette Lettre ce que je pense de Mr. de Seckendorf, remarqué que c'est après l'entrevue qu' il a eut avec Mr. le Maréchal de Coigny que Mr. de Seckendorf menace de quitter l'Armée.« Camp. de Coigny B. V S. 90. Die zahlreichen gegen ihn gerichteten Anfeindungen (Seeländer Kap. I) waren nur geeignet ihn in diesem Entschlusse zu bestärken. Am 28. Dezember 1744 wandte er sich daher schriftlich von Augsburg aus an den Kaiser mit der Bitte, ihn seiner Dienste zu entlassen. Auf dessen Verlangen begab er sich dann am 9. Januar 1745 nach München, woselbst er in »öfters gemachten Aufwartungen und Audienzien« sein Gesuch wiederholte. S. Seckendorffs Schreiben an den Kurfürsten vom 22. Jan. Grfl. Törring. H. Ar.

[2]) S. sein Schreiben vom 22. Januar an den Kurfürsten. Grfl. Törring. H. Ar. Vgl. ferner Seckendorff an Ségur; 23. I 45. »Ce changement me met hors de l'activité de ma charge, car ayant été Maréchal de l'Empereur et General de l'Empire si tot que le premier decede je suis sous les ordres des Vicaires de l'Empereur jusqu' à ce qu' on aye elu un autre Chef.« W. Kr. Ar. S. ferner Seckendorff an Friedrich vom 30. Januar: A l'heure qu' il est avec la malheureux mort de l'Empereur mes services, que j'avois devoué à un Empereur et jamais

zu kennzeichnen, verliess er München und begab sich nach Augsburg, von wo er Batthyany den österreichischen Oberfeldherrn um einen Pass ersuchte, da er, wie er vorgab, entschlossen sei, sich unverzüglich nach seinem sächsischen Gute Meuselwitz zurückzuziehen.[1]) Wieder einmal verliess er »das scheiternde Schiff«, um sich bei Zeiten zu sichern.[2]) Dass sein Verfahren einer Rechtferti-

---

à un Electeur se finissent et je ne peux pas me comporter autrement que comme j'ay fait après la mort de l'Empereur Charles VI. W. St. Ar. Der Brief war von den Oesterreichern aufgefangen worden (Polit. Korresp. Friedrich an Seckendorff 3. März, B. IV S. 74). Auch Klinggräffen berichtet hierüber am 26. Januar. S. Polit. Korresp. B. IV S. 36 und 37. Ganz ebenso hatte Seckendorff auch dem Feldmarschall Törring gegenüber in mündlicher Unterredung seinen Entschluss zu motivieren gesucht. Törring bemerkt hierzu in seinem Berichte an Spon, 28. Januar (Grfl. Törr. H. Ar.) » . . . Je n'ay pû m'empêcher de témoigner a Mgl mon extreme surprise d'une résolution si prompte et si peu attendüe, je luy ai dit, que je ne comprenois point l'incompatibilité qu'il trouvoit à commander l'armée de l'Electeur de Baviere composée de troupes Nationnales et auxiliaires, je luy ay representé ce qu'il devoit à l'estime et à la confiance que feu l'Empereur luy avoit témoignées, qui devvient s'engager à rendre à son fils les mêmes bons services qu'il avoit rendus au Pere, mais tout cela a été inutile, et rien n'a été capable d'ébranler la résolution qu'il a prise de quitter le Commandement de l'armée et de se retirer dans l'Empire.« Der Bescheid des Kurfürsten, in welchem er den Marschall »der obgehabten Dienste und Pflichten mit allen gnaden« entliess, erfolgte erst am 16. Februar (enthalten in dem Gräfl. Törr. H. Ar.). Man kann daher nicht mit Seeländer (S. 44), gestützt auf die Berichte Klinggräffens vom 23. und 26. Januar behaupten, dass Seckendorff schon am 23. Januar sein Oberkommando niedergelegt habe; hierzu war doch immer erst auch nach dem Tode des Kaisers noch die Genehmigung seines Kriegsherrn notwendig.

[1]) »Puncta, vom Feldzeugmeister v. Thüngen eingeschickt.« W. St. Ar. Kriegsakten. Abgedruckt bei Häberlin V.

[2]) S. Anmerkung 2 S. 27. Aehnlich wie er handelte auch der Gesandte in Berlin, der bekannte Publizist Baron von Spon, welcher erklärte, dass er sich durch die Entsendung des General Mortagne nach Berlin, sowie den Tod des Kaisers seiner Dienste enthoben erachte; denn wie er am 30. Januar an Törring schrieb (enth. im Grfl. Törr. H. Ar.): »mes lettres de créance n'on plus de forces, de façon que je suis icy sans caractere; je n'ay point d'ordre de notiffier la mort du Monarque deffunt; cependant tout Berlin croit qu'il est de la bienseance que je drappe mes Chambres es mes equipages en noir. M. de Mortagne étant icy pour les affaires de la Cour de Munic y rend ma presence inutile.« Am 11. Februar verabschiedete er sich schriftlich von Friedrich, welcher seinen Brief am 12. von Potsdam aus in schmeichelhafter Weise erwiederte (beide Schreiben abschrift. im Grfl. Törr. H. Ar.). Vom 13. ist sein Schreiben an Törring datiert, worin er diesem eröffnete, dass er nunmehr Berlin verlassen und sich nach Strassburg begeben werde, »ou je trouveray« — so fährt er fort — »une femme bien affligée de ce que luy aye dissipé sa dotte et que les bijoux, dont notre Excellence l'avoit flatté, n'aient consisté qu'en simples promesses.« Hierin haben wir offenbar auch den eigentlichen Grund seines eigenmächtigen Schrittes zu suchen. Uebrigens ist er schliesslich doch in seiner alten Stellung verblieben und hat Berlin wenigstens damals noch nicht verlassen (dies geht aus seinen weiteren Berichten an Törring hervor; im Orig. enth. im Grfl. Törr. H. Ar.). In München war die Nachricht von seiner Entfernung aus Berlin zeitweise allgemein verbreitet; die Entrüstung hierüber, war ganz ausserordentlich. Vgl. Seck. an Prdl., 2. März. M. St. Ar.

gung bedurfte, hat er selbst empfunden. Sie konnte seinem Sophismus nicht schwer werden. Indem er sich auf seine Würde als Reichsfeldmarschall berief, erklärte er, seiner Dienste in Bayern enthoben zu sein, da er sie ja nicht dem Kurfürsten, sondern dem Kaiser gewidmet hätte. Seine einzige Aufgabe müsse nunmehr sein, für die gefährdete Reichsfestung Philippsburg, die ihm anvertraut worden, Sorge zu tragen, um sie verteidigungsfähig zu machen und gegen einen Handstreich, sei es von Seiten Oesterreichs oder Frankreichs zu schützen.[1])

Natürlich war dies nur ein Vorwand. Dagegen mögen zu seinem Entschlusse die zahlreichen früheren Anfeindungen beigetragen haben; hauptsächlich ist er zweifellos aus dem Bestreben hervorgegangen, eine Sache zu verlassen, die er selbst für verloren hielt, sowie aus der Erfahrung, dass Ruhm und vor allem Geld in bayerischen Kriegsdiensten für ihn nicht mehr zu erhoffen seien. Moralische Bedenken kannte er jetzt ebenso wenig, wie ehedem, da er Oesterreichs Sache zu einer Zeit verliess, wo es seiner begabten Männer am meisten bedürftig war.

Doch auch mit seiner angeblichen Absicht, sich nach seinem sächsischen Landsitz zurückzuziehen, ist es ihm gewiss nicht allzu Ernst gewesen. Wenigstens widerspricht sein Verhalten durchaus diesem Vorhaben.

Wenige Tage später sehen wir ihn schon wieder in lebhaftem Briefwechsel mit dem Vizekanzler v. Praidlohn und von da an hat er in stets steigendem Masse die Politik des Münchener Hofes beeinflusst. Mochte einerseits die beschauliche Ruhe des Landlebens an und für sich für den alten Politiker wenig Verlockendes haben, so durfte er andererseits im Falle seines Bleibens hoffen, sich durch geschickte Vermittelung in Oesterreichs Sinne dessen Anerkennung zu verschaffen und damit, was bei ihm am meisten galt, die Befriedigung der materiellen Ansprüche zu erlangen, zu welchen er sich für berechtigt hielt. In dieser Erwägung wandte er sich jetzt an die »weltberühmte Gerechtigkeit« Maria Theresia's mit der Bitte, ihm die für sein früheres österreichisches Regiment Marschall verausgabten Gelder zurückzuerstatten, welche mehr als 20000 Gulden betragen sollten.[2])

---

[1]) In der That hat er auch Versuche gemacht, für eine stärkere Armierung der Festung Geldmittel zu erhalten. S. seine Schreiben vom 29. Januar an den Kurfürsten von Mainz, W. Kr. Ar.; vom selben Datum an König August, Mainz. Ar. und vom 30. Januar an Praidlohn, M. St. Ar.

[2]) S. seine beiden Schreiben vom 29. Januar an Graf Batthyany und General-Feld-Wachtmeister B. von Marschall (den nunmehrigen Inhaber seines früheren Regimentes) W. Kr. Ar.

Bezeichnender noch für Seckendorffs Charakterlosigkeit und Habgier ist die Thatsache, dass er zur selben Zeit auch König Ludwig mit dem Ersuchen anging, ihn für die in Kaiser Karls Diensten gebrachten Opfer zu entschädigen, welche er genau genug auf 23555 Gulden 38 Kr. berechnete. Diese Schuld sollte entstanden sein, einmal dadurch, dass Seckendorff das Tafelgeschirr Karls, welches im vergangenen Jahre auf seinen (Seckendorffs) Wunsch hin hatte verpfändet werden müssen, durch eigene Mittel auslöste, dann aber auch aus dem ihm schuldig gebliebenen Gehalte.[1]) Man sieht, es verursachte ihm keinerlei Bedenken, die Mildthätigkeit des ihm von jeher verhassten Frankreich im selben Augenblicke anzurufen, wo er sich anschickte, es Oesterreichs Rache preiszugeben.

Inzwischen hatten in Folge der Entfernung Seckendorff's Törring und Chavigny am Münchener Hofe entschieden an Boden gewonnen. Zwar, dass der junge Kurfürst sofort den Titel eines Erzherzogs von Oesterreich annahm,[2]) dürfte schwerlich auf ihren Einfluss allein zurückzuführen sein. Vielmehr entsprang diese Massregel dem allseitigen Verlangen, sich bei der herrschenden Verwirrung und Unklarheit der Verhältnisse nach keiner Richtung hin bindend und deutlich zu erklären, dabei aber doch andererseits auf den Wiener Hof einen gewissen Druck zur Nachgiebigkeit auszuüben. Die Berichte des Nuntius Stoppani bezeugen,[3]) wie sehr anfangs die Stimmung dem Frieden geneigt war. Dagegen macht sich doch schon Ende des Monat Januar ein Einfluss der französischen Partei bemerklich. Ganz deutlich ist derselbe erkennbar in einem vom 30. Januar datierten »Zirkular-Reskript an die auswärtigen Minister«,[4]) in welchem dargelegt wurde, wie

[1]) Vgl. sein Mémoire vom 26. Januar. W. Kr. Ar. In der That hat Chavigny in seinem Antwortschreiben vom 21. Februar (ebd.) ihm die Rückerstattung seiner Forderung zugesagt. Wie sehr man damals in Frankreich bestrebt war, Seckendorff zu gewinnen, geht auch aus zwei Schreiben d'Argensons an den Grafen vom 28. Febr. und 13. März hervor (ebd.). Erst als seine Stellungnahme gegen Frankreich offenbar wurde, ging man trotz eines neuen Schreiben Seckendorffs vom 26. Febr. (ebd.) von dem Versprechen einer Zahlung ab. Zwar soll ihm später Chavigny noch einmal im Auftrage des Pariser Hofes eine Erfüllung seiner Bitte zugesagt haben (nach einem Originalschreiben des Grafen Schaffgotsch; dasselbe ist undatiert, doch geht aus dem Inhalt hervor, dass es nach dem 5. Mai geschrieben worden W. St. Ar.), doch hat eine solche thatsächlich nicht stattgefunden. Denn das Geldgeschenk, welches Louis XV. dem Grafen am 20. Mai 1759 im Betrage von 10000 Lire gemacht hat, dürfte damit wohl in keinem Zusammenhange stehen (vgl. Arnold Schäfer, Geschichte des 7jährigen Krieges. B. II S. 204.).

[2]) Vgl. die Ansicht Friedrichs hierüber, Reskript an Klinggräffen vom 29. Januar. Polit. Korresp. B. IV S. 29.

[3]) Siehe oben. Ebenso wird uns dies durch den bekannten Brief des Würzburger Bischofs an den Wiener Hof vom 26. Januar erkennbar.

[4]) Der eigentliche Titel lautet: »Circular-Rescript Ihrer Churfl. Durchlaucht

Karl VII. stets den Frieden erstrebt habe, wie aber auch seine berechtigsten Forderungen von Maria Theresia zurückgewiesen worden seien. Am Schlusse dieses energisch gehaltenen Schriftstückes war deutlich ausgesprochen, dass Max Joseph alle Ansprüche seines kaiserlichen Vaters aufrecht halte, und keinesfalls gewillt sei, ohne genügende Entschädigung von denselben zurückzutreten. Doch dieses geharnischte Reskript, offenbar ein Produkt der Kriegspartei, ward zunächst nicht abgesandt. Man schreckte eben doch vor den letzten Konsequenzen zurück und wagte es nicht, diese offene Kriegserklärung in die Welt hinauszuschleudern, wodurch wahrscheinlich der zwischen München und Wien gesponnene schwache Faden endgültig zerschnitten und damit der Kampf zwischen Habsburg und Wittelsbach in eine neue Phase geleitet worden wäre. Wenigstens soviel hatten dadurch die Kaiserin und Graf Preysing erreicht, dass nicht alle Brücken abgebrochen wurden.

Wir werden Maria Theresia das Zeugnis nicht versagen können, dass sie zunächst ebenso massvoll wie zielbewusst zu Werke ging. Aus dem Schreiben des Bischofs von Würzburg, den Berichten ihres Feldzeugmeisters v. Thüngen, sowie indirekt aus denen des Nuntius Stoppani kannte sie die Friedensstimmung des Münchener Hofes zur Genüge. Daher wurde das Verbot für die österreichischen Heerführer, sich der Hauptstadt zu nähern, aufrecht erhalten; die günstige Gelegenheit, welche die Ratlosigkeit in Bayern einer energischen Kriegsführung geboten hätte, ward absichlich unbenutzt gelassen.

Nunmehr begann auch Seckendorff von Augsburg aus in höchst wirksamer Weise die Meinung des Kurfürsten zu Gunsten des Friedens zu beeinflussen. Der ihm gegenüber ausgesprochene

---

in Bayern an Dero Bey Teutschen und auswärtigen Höffen subsistirende Ministros. De dato München 30. Januar.« Die Archive in Wien und München bewahren mehrere gedruckte Exemplare. Abgedruckt ist das Reskript enthalten in »Neue Sammlung von Staatsschr. nach Ableben Karls VII.«, B. III S. 1011 ff. Sicherlich aber geht Graf Emanuel v. Törring, der Sohn des Feldmarschalls, zu weit, wenn er am 5. Februar aus Frankfurt, wo er sich als erster bayerischer Wahlgesandter aufhielt, an M. de Montmartin berichtet: »Quant a mon Cour je vous dirois, que l'Electeur mon Maitre est dans les memes sentiments que feu l'Empereur, qu'il a non seulement declaré, qu'il resteroit ferme dans toutes ses alliances, mais, qu'il etoit resolu de poursuivre avec toutes les forces possibles les droits incontestables, qu'il avoit sur la succession de la Maison d'Austriche Comme S. A. S. E ne pouvoit d'abord prevoir les sentiments de ses Alliés, Elle a hesité de prendre le titre de Roy, mais pour montrer au public qu' Elle songoit nullement par la preiudicier a ses droits, Elle a ajouté a ses titres celui d'Archiduc d'Autriche.« Grfl. Törr. H. Ar. Man glaubt hier aus jedem Worte, den Grafen Ignaz v. Törring sprechen zu hören. Die Verhältnisse werden hier so geschildert, wie sie die beiden Törrings haben wollten, nicht aber, wie sie in Wirklichkeit gewesen sind.

Wunsch des jungen Kurfürsten, ihm seine Ansichten über die politische Lage nicht vorzuenthalten,[1]) lieferte ihm den Vorwand zu einem äusserst lebhaften Briefwechsel mit Praidlohn, welchen der bekannte Augsburger Wechsler, Christian v. Münch, mit dem der Graf auch geschäftliche Beziehungen unterhielt, vermitteln musste.[2]) Auf diesem Wege teilte er am 3. Februar dem Vizekanzler mit,[3]) dass sicheren Nachrichten zufolge Preussen sich Oesterreich zu nähern suche; obwohl seine Anträge schon zweimal zurückgewiesen seien, würden dennoch die Verhandlungen unter Hannover's Vermittelung fortgesetzt. »Je souhaite que notre cher Electeur ne soit pas le dernier à faire sa paix«, schloss er sein Schreiben.

In der That hatte Friedrich nichts unversucht gelassen, einen allgemeinen Friedensschluss zu ermöglichen. Schon vor Karl's Tode war sein englischer Gesandter Andrié angewiesen worden, in diesem Sinne zu handeln.[4]) An die zeitweilige Entfernung des preussischen Etatsministers v. Borcke aus Berlin knüpften sich die beunruhigendsten Vermutungen.[5]) Gänzlich sind diese auch später nicht erloschen. Noch am 6. April weiss Maria Theresia in einem Reskript an Cobenzl zu melden: »Preussen klopft an alle Thüren an«[6]); ihre Furcht vor Friedrich war damals offenbar schon sehr geschwunden. Nicht ohne Grund wurde demnach das Gerücht von Preussens Streben nach Frieden verbreitet und erschreckte die Gemüter am Münchner Hofe. So viel hatte Jeder aus der Geschichte des Jahres 1742 gelernt, dass ein abermaliger Ausgleich Preussens mit Oesterreich Kur-Bayern auf das härteste treffen musste. Begreiflich genug, dass schon die blosse Möglichkeit hiervon neue Unruhe hervorrief und den Wunsch nach Frieden steigerte. Auch die beruhigenden Nachrichten des Gesandten am Berliner Hofe, Freiherrn v. Spon[7]), über die kriegerische Stimmung Friedrichs,

---

[1]) In seiner Beantwortung des Seckendorff'schen Entlassungsgesuches hatte der Kurfürst ihn ausdrücklich um seine ferneren »gedeylichen Ratschläge« gebeten. Kurfürst an Seckendorff, 16. Febr. Grfl. Törr. H. Ar. Hierauf berief sich Seckendorff in seinem Schreiben an Praidlohn vom 17. Febr. M. St. Ar. Auch sonst war seine Entlassung äusserst gnädig gewesen. Seinen Gehalt als Kommandant von Philippsburg bezog er seinem Gesuche gemäss weiter; sein Regiment erhielt sein ältester Vetter, der General-Feldmarschalllieutenant Baron von Seckendorff. S. des Kurfürsten Schreiben vom 16. Februar.

[2]) Seckendorff an Praidlohn, 4. März. M. St. Ar.

[3]) Enthalten im M. St. Ar.

[4]) S. Koser, König Friedrich der Grosse. B. I, S. 242.

[5]) S. Preussische Staatsschriften. B. I. 706. Anm. 2.

[6]) Enth. W. St. Ar. Vgl. Polit. Korresp. B. IV S. 76. Klinggräffen, 27. Febr.

[7]) S. die für die Verhältnisse am Berliner Hofe wertvollen Berichte Spons an Törring. Im Orig. enth. im Grfl. Törr. H. Ar.

die treffliche Rüstung seiner Armee vermochten an dieser Thatsache nichts zu ändern.

Seckendorff hat die Wirksamkeit dieses Gerüchtes wohl vorausgesehen; immer wieder finden wir demzufolge in seinen Briefen an Praidlohn die Befürchtungen eines preussisch-österreichischen Vertrages ausgesprochen.[1]) Dass er selbst von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugt gewesen, ist kaum zweifelhaft; thatsächlich war freilich Maria Theresia niemals weiter von einer Verständigung mit Preussen entfernt, als gerade jetzt, wo Sachsen ihr im Warschauer Traktat vom 8. Januar seine Unterstützung gegen den gefürchteten nördlichen Nachbar zugesagt hatte und sich Hoffnung zeigte, Bayern selbst zur Mitwirkung an Schlesiens Rückeroberung veranlassen zu können. Diese Absicht war jedoch in München noch nicht bekannt, und deshalb konnten Seckendorffs Warnungen ihre Wirkung nicht verfehlen. Hiezu kam, dass Törring, von einem alten Augenübel heimgesucht[2]), sich den Geschäften nicht in dem Maasse widmen konnte, wie er es gerne gewollt hätte.

So stand man am Münchner Hofe schon Mitte Februar etwaigen Annäherungsversuchen Oesterreichs durchaus nicht in so ablehnender Haltung gegenüber[3]), wie nach dem Reskript vom 30. Januar zu erwarten gewesen. Freilich kündigten sich jetzt schon die Schwierigkeiten an, auf welche die Verhandlungen stossen würden. Dieselben bestanden hauptsächlich darin, dass man österreichischerseits entschlossen war, keinen Vergleich zu treffen, in welchem auch nur eine Scholle der österreichischen Erblande gefordert und bezüglich der Kaiserwahl und der böhmischen Wahlstimme nicht völlig zufriedenstellende und bindende Erklärungen gegeben würden. Hiess es doch hinsichtlich des letzteren Punktes, dass bereits Graf Wurmbrand als erster Gesandter zum Wahltage nach Frankfurt ernannt sei, »also man von der Activität des Böhmischen voti schon muss versichert seyn«.[4])

Schon vorher hatte der Wiener Hof seinen Standpunkt in der Erbfrage in einer Deklaration dargelegt, welche unter dem Titel »Eine an verschiedene Höfe zu thun seyende Erklärung«[5])

---

[1]) S. seine Schreiben an Praidlohn vom 17. Febr., 25. März u. 3. April. M. St. Ar.

[2]) Praidlohn an Seckendorff. 10. Februar. M. St. Ar.

[3]) Noch am 19. Februar berichtet der modenesische Gesandte in München Chiochetti: »Il Giovene Elettore die Baviera persiste constante a voler sostenere.« W. St. Ar. Schon wenige Tage später hat er diese seine Ansicht wesentlich geändert. Vgl. den Bericht vom 26. Februar, bei Arneth B. III, S. 400 Anm. 14.

[4]) Seckendorff an Praidlohn. 17. Februar. M. St. Ar.

[5]) Abschriftlich enthalten im B. Geh. St. Ar. Abgedruckt bei Häberlin, V. S. 140 ff. S. Seeländer S. 53.

am 1. Februar den österreichischen Gesandten an einzelnen befreundeten deutschen Höfen zur Mitteilung an die Kurfürsten versandt wurde. In dieser war zunächst verlangt, dass Bayern sich vom Bündnis mit Frankreich und Preussen lossagen solle; dann werde Oesterreich sich zum Frieden bereit finden lassen und sogar auf jene Schadloshaltung verzichten, welche es von Rechtswegen für die zur Bekämpfung der nichtigen bayerischen Ansprüche aufgewendeten Kriegskosten zu fordern habe.

Die Schroffheit der Sprache und die verletzende Nichtachtung der bayerischen Ansprüche, denen eine gewisse Berechtigung doch von der öffentlichen Meinung, wie von den hervorragendsten Staatsrechtslehrern nicht abgesprochen wurde, legen die Vermutung nahe, dass diese Erklärung ihre Entstehung dem ungünstigen Eindrucke zu verdanken hatte, den die Nachricht von der Annahme des österreichischen Erzherzogtitels am Wiener Hofe hervorgerufen.

Kein Zweifel, dieses in echt Bartenstein'scher Sprache verfasste Schriftstück konnte in München nur neue Erbitterung hervorrufen. Nun wird aber dort dieses Wienerischen Erlasses von keiner Seite Erwähnung gethan, sodass sich uns ganz von selbst der Gedanke aufdrängt, derselbe sei in München überhaupt nicht bekannt geworden. Durch die Ereignisse des nächsten Monats wird diese Vermutung zur Gewissheit erhoben.[1]) Wir erfahren nirgends, an welche Kurfürsten und Mächte die Deklaration der Königin mitgeteilt worden; mit Bestimmtheit wissen wir es nur von dem Fürstbischof von Bamberg und Würzburg[2]); von dem Kurfürsten von Mainz sowie den Seemächten kann es als höchst wahrscheinlich angenommen werden.[3]) Jedenfalls vermögen wir aus diesem Vorgehen des Wiener Hofes schon jetzt die bis zur Härte rücksichtslose Festigkeit zu erkennen, welche seine Politik bis zum Schlusse bei der Behandlung der bayerischen Frage beobachtet hat.

Wenn man freilich geglaubt hatte, sich direkt mit dem Kurfürsten auf Grund völliger Verzichtleistung von Seiten Bayerns verständigen zu können, so sollte man bald einsehen, dass ohne Vermittlung der Frieden schlechterdings nicht würde erreicht werden können. Denn gerade die augenblickliche Verwirrung und völlige Hilflosigkeit des Münchner Hofes bewogen einzelne Fürsten, sich der bayerischen Sache anzunehmen. Andere wiederum

---

[1]) S. das Schreiben des Baron v. Raab an Preysing vom 6. März. B. Geh. St. Ar.

[2]) Ebenda.

[3]) Diese Staaten waren auch die einzigen, welchen nebst Kur-Köln Maria Theresia die Bedingungen mitteilte, unter denen sie zum Frieden bereit sei. Von ihnen und vor allem von Mainz glaubte sie eine Vermittelung nach ihren Plänen erwarten zu können.

boten ihre Mitwirkung an, um bei einer so bedeutsamen politischen That nicht ausgeschlossen zu erscheinen, vielleicht auch um für sich selbst noch Vorteile herauszuschlagen.

Der uneigennützigste Vermittler war jedenfalls der ehrwürdige Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Friedrich Carl Graf v. Schönborn, den ein Zeitgenosse den ersten Staatsmann des Jahrhunderts genannt hat.[1]) Wir sehen, wie dieser schon zu Carls VII. Lebzeiten sich bereit erklärt hatte, den kaiserlichen Ansprüchen zu einer teilweisen Anerkennung zu verhelfen. Auf die Kunde von Carls Tode entsandte er Raab sogleich nach München zurück; derselbe sollte ihm unverzüglich mitteilen, ob der Kurfürst wünsche, dass die Unterhandlungen im Sinne des Kaisers fortgeführt würden.[2]) Raab konnte diese Anfrage bejahen und noch am 26. Januar teilte der Bischof diese Kunde dem Grafen Starhemberg, sowie dem Feldmarschall Grafen Königsegg mit.[3]) Die Antworten dieser beiden hervorragenden Persönlichkeiten zeigen jedoch deutlich, wie wenig Oesterreich an der Vermittlung gelegen war.[4]) Beider Briefe stimmten fast wörtlich überein; ein deutlicher Beweis dafür, dass dieselben das Ergebnis einer eigens berufenen Konferenz enthalten. Man bedankte sich darin für des Bischofs Mitteilungen und das freundliche Anerbieten zur Vermittlung, verwies jedoch auf Verhandlungen, die demnächst direkt mit dem Nachbarstaate zustande kommen würden; als Ort für dieselben wurde Salzburg oder eine andere neutrale Stadt vorgeschlagen.

War somit Maria Theresia dieser Vermittlung wenigstens vorläufig geschickt entgangen, so war dies bei den Anerbietungen der anderen Mächte nicht möglich, die sich nunmehr zur Teilnahme an dem Friedenswerke herandrängten. Den grössten Argwohn erregte Sachsen, dessen Minister Graf Brühl am 29. Januar eröffnete[5]), dass ein sächsischer Gesandter nach München abreisen und seinen Weg über Wien nehmen werde, um daselbst noch von dem Wiener Hofe für nötig erachtete Anweisungen und Vorschläge entgegenzunehmen. Zwar fand man in Wien für dieses zweideutige Anerbieten Worte des Dankes[6]), war jedoch schon entschlossen, seine eigentlichen Absichten

[1]) Des Freiherrn v. Loën gesammelte Schriften; Teil II, S. 273.

[2]) Puncta, von Feldzeugmeister Thüngen eingeschickt. W. St. Ar. Abgedruckt bei Häberlin, V S. 378 ff.

[3]) Ulfeldt vom 31. Januar. W. St. Ar. Vorträge 80. Abgedruckt bei Häberlin, V S. 45.

[4]) Der Brief Starhembergs ist datiert vom 2. Februar; der des Grafen Königsegg vom 4. Februar. B. Geh. St. Ar.

[5]) Brühl an Uhlfeldt. W. St. Ar.

[6]) Uhlfeldt an Brühl, 4. Februar. W. St. Ar.

dem sächsischen Gesandten keinesfalls zu offenbaren. Trotz des Warschauer Traktates war das Band zwischen den beiden Mächten nur locker geknüpft. Denn so sehr Maria Theresia dem sächsischen Hofe in allen politischen Fragen vertraute, welche ihre Spitze gegen das von beiden mit gleicher Eifersucht betrachtete Preussen kehrten, eben so sehr beargwöhnte sie mit Recht den Grafen Brühl bei der jetzt brennend gewordenen Frage der Kaiserwahl. Mochte auch Sachsen aller Welt beteuern, dass ihm ehrgeiziges Streben nach der höchsten Würde durchaus ferne liege[1]), so konnte dennoch das Misstrauen in Wien um so weniger schwinden, als es infolge unvorsichtiger Aeusserungen der Dresdener Politik stets neue Nahrung erhalten musste. Und in der That, wenn Graf Brühl mit seinen Plänen schliesslich doch nicht offen ans Licht trat, so ist der Grund nicht darin zu suchen, dass er es nicht gewollt hatte, sondern nur darin, dass seine schwächliche Politik einem solch' weitaussehenden Unternehmen in keiner Weise gewachsen war. Aussichtslos war dieses Streben keineswegs; konnte doch Sachsen dabei auf wohlwollendes Entgegenkommen der Seemachte, sowie auf ausgiebige Unterstützung Preussens und zumal Frankreichs rechnen, das durch seine Gesandten Ritter Courten und Valory in Berlin und zeitweise auch in Dresden selbst in diesem Sinne gewirkt hat.[2])

Auch von der Vermittlung des päpstlichen Gesandten Stoppani konnte Maria Theresia wenig Gutes für sich erwarten. Allerdings hatte dieser, wie schon oben erwähnt, dem Wiener Hofe durch den daselbst befindlichen Kardinal Paolucci wichtige Nachrichten über die zum Frieden geneigte Stimmung Bayerns zukommen lassen[3]), und schien demnach gleichfalls in vermittelndem Sinne thätig zu sein. Allein in Wien kannte man die wirkliche Gesinnung des päpstlichen Stuhles zu genau, um von dieser Seite eine Förderung der eigenen Angelegenheiten erwarten zu dürfen.[4]) Benedikt XIV., einer der ausgezeichnetsten

[1]) Seckendorff an Praidlohn, 13. Februar. M. St. Ar.

[2]) Koser, B. I S. 247. Vgl. auch Brief Friedrichs an seinen Gesandten in Dresden Graf Beess vom 26. Januar. Polit. Korresp. B. IV, S. 24 f., sowie ebenda die Schreiben vom 13. Februar und 29. März. Die Entsendung Valorys nach Dresden war erfolglos geblieben. Am 2. März schreibt Graf Emanuel Törring an Montmartin: »On me marque de Dresde, que Mr. de Valory y perd son latin; que Sa Maj. Polonaise ne songe pas a devenir Empereur, que la Reine en est de meme revenue serieusement et que la Cour de Vienne a si bien gagnée Mr. le Comte de Bruhl, que toutes les peines sont perdues de faire changer cette cour de Maxime et de Systeme.« Grfl. Törr. H. Ar.

[3]) S. Arneth, III. S. 9.

[4]) Vgl. Geschichte des Kirchenstaates, von Moritz Brosch. B. II, S. 100. »Die Haltung des römischen Stuhles nahm während dieses Kampfes ein so franzosen-

Päpste der Neuzeit, stand mit seinen Sympathien vollständig auf der Seite Frankreichs und Bayerns, und wenn er auch selbst in den Gang der europäischen Politik am liebsten als Friedensstifter eingegriffen hätte, so waren dennoch die eigentlichen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, die Kardinäle Aquaviva und zumal Valenti, entschlossen, insgeheim nach Kräften einen bayrisch-österreichischen Ausgleich zu verhindern, wenn er nicht zugleich auch Frankreich und Spanien in sich schloss.[1])

So gerne nun auch die Königin, der eigenen Kraft vertrauend, dieser beiden Vermittler entraten hätte, so musste sie sich dennoch ihre Anerbietungen umsomehr gefallen lassen, da bis zur Zeit direkte Verhandlungen mit Bayern nicht angebahnt waren. Auch brauchte sie diese Mächte sowohl bei der bevorstehenden Kaiserwahl, als bei ihren kriegerischen Operationen zu nötig, als dass sie die freiwillig angebotenen Dienste derselben von der Hand weisen durfte.

Am ehesten konnte sie sich noch dem Kurfürsten von Mainz, Friedrich Carl Grafen von Ostein, anvertrauen, welcher von jeher zu Oesterreich hinneigte und als Vorsitzender des Kurfürstenkollegiums und bei der Wahl eine besonders schwerwiegende Stimme hatte. Zudem war jetzt schon erkennbar, dass sein Land in den bevorstehenden Kämpfen der beiden Heere unter Maillebois[2]) und Ahremberg[3]) vermöge seiner Lage eine bedeutsame Rolle zu spielen bestimmt war. Ehe jedoch noch der Wiener Hof sich in Mainz über die den Verhandlungen zu Grunde zu legenden Bedingungen erklären konnte, waren die ersten Vorschläge hierzu schon von anderer Seite ausgegangen, nämlich von Kur-Köln. Kurfürst Clemens August stand zu jeder der beiden streitenden Mächte in näherer Beziehung. Als erbitterter Gegner Frankreichs und Preussens hielt er zum Hause

---

freundliches Gepräge, wie es ohne Verletzung der behaupteten Neutralität überhaupt möglich war.«

[1]) Maria Theresia war dies längst bekannt gewesen (Arneth B. II S. 180 und 332); zudem hatten die Oesterreicher zwei Briefe des Kardinal Valenti an Stoppani aufgefangen, von denen jedoch nur der eine vom 13. Febr. die wahren politischen Ziele der römischen Curie, eben die Verhinderung eines Separatfriedens ohne Frankreich enthielt, während der andere, in gewöhnlichen Chiffern geschrieben, lediglich dazu dienen sollte, jenen zu maskieren. S. den Appendix zur Instruktion Colloredos vom 10. März. W. St. Ar. und den Brief vom 13. Februar, ebd., sowie den Bericht Errizos vom 20. März, ebd.

[2]) »Der französische Marschall Maillebois beherrschte mit seinen 18000 Mann den Mittelrhein von Worms bis Lahnstein, den Main bis Aschaffenburg. Es kam für Maria Theresia alles darauf an, die Wahlstadt Frankfurt zu befreien, und gerade hierbei musste eine streng neutrale Haltung des Mainzer dem Drängen Frankreichs gegenüber von fast ausschlaggebender Bedeutung sein.« Oesterreich. militär. Zeitschrift 1826. B. III S. 227.

[3]) Herzog v. Ahremberg, Befehlshaber der pragmatischen Armee.

Habsburg, als Oheim Max Josephs wünschte er für diesen eine ansehnliche Vergrösserung der bayerischen Lande. Wohl war er früher eine Zeit lang, über Törrings allzugrossen Einfluss in München erbittert, den wittelsbachischen Interessen entfremdet gewesen, doch vergass er dies jetzt über dem Wunsche, die kurbayerischen Ansprüche zu fördern und denselben wenigstens teilweise zur Durchführung zu verhelfen.

Doch suchte er dieses Ziel nicht auf Kosten Oesterreichs, sondern Preussens zu erreichen. Daher enthüllte der kurkölnische Geheimrat v. Steffné dem österreichischen Gesandten am Bonner Hofe, Freiherrn v. Cobenzl, noch im Januar ein Friedensprojekt[1]), das in folgenden Vorschlägen gipfelte:

Köln und Bayern bieten ihre Wahlstimmen dem Grossherzog von Toskana an, erklären den Krieg an Preussen und legen die Waffen nicht eher nieder, als bis die Oesterreicher Schlesien und den Teil Preussens bis Frankfurt erobert haben. Dafür wird der Kurfürst von Bayern in seine Erblande restituiert und erhält hiezu die kurpfälzischen Länder Sulzbach und Neuburg. Für den Verlust dieser Gebiete wird die Pfalz durch preussische Landesteile, am besten Cleve und Mark entschädigt.[2]) Zum Schluss war der Vorschlag gemacht, die Reichsstadt Köln dem Kurfürstentum Köln, das Bistum Freising dem Bayerlande zu überlassen.

Es waren so günstige Vorschläge, wie sie die Königin von dieser Seite kaum hätte erwarten können; war doch dadurch einerseits die Wahl ihres Gemahls, des Grossherzogs von Toskana, von vornherein gesichert, andrerseits gewann der Kampf gegen Friedrich durch den Anschluss zweier weiterer Bundesgenossen erst recht die Wahrscheinlichkeit des Gelingens. Am 7. Febr. erklärte sie sich denn auch in einem Reskript an Cobenzl[3]) mit den kurkölnischen Vorschlägen einverstanden, verlangte jedoch, dass von den beiden letzten Punkten bezüglich der Stadt Köln und des Bistums Freising abgestanden werde, da dieselben der »Gerechtigkeit und des Reiches Grundverfassung zuwider liefen.« Es ist bemerkenswert, dass hier ein Säkularisationsplan, wenn auch nur für einen vereinzelten Fall von einem geistlichen Fürsten selbst ausgegangen war, von Maria Theresia aber mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde. Allerdings, diese kurkölnischen Vorschläge, welche sie mit der erwähnten Abänderung gebilligt hatte, nun

---

[1]) Extractus Relationis des Cobenzl, Bonn 29. Januar. W. St. Ar.

[2]) Der Gedanke an eine Vergrösserung Bayerns durch Neuburg und Sulzbach war schon in den Verhandlungen des Jahres 1743 des öfteren erwogen worden. Jetzt wurde er von Köln abermals angeregt; von diesem ist also zuerst der Plan einer Entschädigung der Pfalz durch Preussen entworfen worden.

[3]) Extractus Rescripti an Cobenzl. Wien, 7. Februar. W. St. Ar.

auch thatkräftig zu unterstützen, davon war sie weit entfernt. Vielmehr hatte sie selbst schon ihre Bedingungen entworfen, auf Grund deren sie dem schwergeprüften Bayern den Frieden gewähren wollte.[1]) Dieselben waren so klug zusammengestellt, dass sie auf den ersten Blick den Anschein eines gewissen Entgegenkommens erwecken mussten; im Grunde jedoch gewährten

[1]) Diese »Aussöhnungspunkte« sind enthalten im W. St. Ar. Es sei gestattet, dieselben nochmals anzuführen, obwohl sie sich schon mit den von der Königin beigefügten Erläuterungen bei Häberlin V, Heft XX, S. 361—66 vorfinden. Auch Arneth bringt sie in einem Auszuge. Man wird bei einer wörtlichen Wiedergabe am ehesten beurteilen können, ob sie in dieser ursprünglichen Form für Bayern annehmbar waren oder nicht.

Aussöhnungs-Punkte:

I. Wäre der Verstorbene Churfürst als Kayser und die hinterlassene durchlauchtigste Wittib als Kayserin zu erkennen.

II. Wären sammetliche Chur-Bayrische Länder so, wie selbe vor dem jahr 1741 besessen worden, Sr. Churfürstl. durchl. zurückzugeben.

III. Stehen der Königin Mayestät von der schadlosshaltung ab, so allerhöchst dieselbe von Chur-Bayern zu fordern hätten.

IV. Thun Quarto Ihro Churfürstl. Durchl. für Sich, dero Erben und nachkommen in debita et optima forma für beständig Verzicht auff alle der Pragmatischen Sanction zuwiederlauffende ansprüche an die Oesterreichische Erbfolge, begeben Sich derer angenohmenen Titlen, und stimmen der Garantie der Pragmatischen Sanction auf dem Reichs-Tag bey, welche Verzicht und respectivé beystimmung von gesambten Reich und beeden Seemächten zu garantiren, folglich die Vorhin geleistete garantieen auff das feyerlichste zu erneuern wäre. Gleiche Verzicht ist von sammentlichen im leben befindlichen Durchlauchtigsten Chur-Bayrischen Agnatis für Sich, dero Erben und Nachkommen zu ertheilen, Und Seine Churfürstl. Durchlaucht begeben sich untereinstem des tituls eines Ertzherzogen von Oesterreich.

V. Sr. Churfürstl. Durchl. raumen der Königin Mayestät gesambte Vorlande wiederumb ein, und bis solches erfolget, behalten der Königin Mayestät den strich Landes zwischen der Inn und Salza mit nahmentlichen einbegriff Braunau und Schardingen inne.

Notandum: Es köndte auch zu mehrers gesicherter auseinandersetzung beeder durchlauchtigster Hauser ein austausch zwischen dem Articulo quinto erwehntem strich Landes, und Schwäbisch-Oesterreich, aber nicht im nahmen der Königin in Vorschlag gebracht werden, wohlverstanden jedoch, dass unter der Benamsung von Schwäbisch-Oesterreich weder Breyssgau noch die Wald-Stätte, noch Constanz, noch das Vorarlbergische verstanden werden möge.

VI. Erkennet Chur-Bayern die Königlich-Chur-Böhmische Wahlstimme, nebst der derselben anklebenden befugnis, Wahlbottschaffter im nahmen der Königin zu jeder Vorseyn mögender wahl abzusenden, und verbindet Sich noch überdes, mit darob zu seyn, damit diese der Königin zukommende, und dem Königreich Böhmen anklebende gerechtsahme gegen die per majora im Jahr 1741 beliebte quiescenz vollständig verwahret werde.

VII. Machen Sich Sr. Churfürstl. Durchl. anheischig, dero Wahlstimme zum behuff Sr. Königlichen Hoheit, der Königin Mayestät Durchlauchtigsten Gemahls und Mitregenten auff nächst vorseyendem Wahltag abzulegen, auch an sich nichts erwinden zu lassen, umb Chur-Cöllen, und Chur-Pfalz zu dem nemblichen zu vermögen.

VIII. Tretten Sr. Churfürstl. Durchl. von Bayern der zwischen denen fünff Vorgelegenen Reichs-Creysen zu errichtenden, oder vielmehr vermög derer recessen

sie gar nichts; mochten sie auch Bayern keine neuen Opfer auferlegen, so brachten sie ihm doch nicht den geringsten Ersatz für die Aufgabe seiner Forderungen und seine ungeheuren Verluste. Ihre Hauptbestimmungen waren folgende:

Anerkennung des verstorbenen Kurfürsten als Kaiser und seiner Gemahlin als Kaiserin. Restituierung Bayerns in seine Grenzen vom Jahre 1741. Verzichtleistung Oesterreichs auf jede Kriegsentschädigung. Diesen Zugeständnissen gegenüber hatte Max Joseph zunächst für sich und seine Nachkommen alle Ansprüche auf die österreichische Erbfolge aufzugeben, deren Garantie er mit übernehmen sollte. Ferner wurde sein Beitritt zu einer Association der fünf vorderen Reichskreise, sowie Räumung des schwäbischen Oesterreich gefordert. Da nun dieses Gebiet zur Zeit noch von französischen Truppen besetzt gehalten wurde, sollte bis zu einem allgemeinen Frieden der Strich Landes zwischen Inn und Salza (das »Innviertel«) nebst den Städten Braunau und Schärding besetzt bleiben.

Das Hauptgewicht jedoch legte der Wiener Hof auf die Punkte VI und VII: Anerkennung der böhmischen Wahlstimme und Verpflichtung der bayrischen Kurstimme für Franz Stephan. Ferner sollte noch Ingolstadt bis zur Erfüllung aller geforderten Bedingungen österreichische Besatzung in seinen Mauern aufnehmen; die Kriegsgefangenen sollten auf freien Fuss gesetzt und den Verbannten Rückgabe ihrer sequestrierten Güter zugestanden werden. Geradezu entwürdigend war der IX. Artikel, wonach Bayern 6000 Mann Hilfstruppen gegen Preussen stellen sollte.

---

vom jahr 1711 und 1714 annoch fürdaurenden association bey, sowohl um das Reich von frembden Gästen reinigen, als auch ihme, dem Reich, und der Königin Mayestät vor der Kron Frankreich genugthuung für das Vergangene, und sicherheit für das künfftige Verschaffen zu helffen.

IX. Solte der fried mit der Kron Frankreich noch vor dem frieden mit Preussen geschlossen werden, so hätten bis zu des letzteren erfolg Sr. Churfürstl. Durchl. von Bayern 6000 Mann hülffsvölcker als 4000 zu fuss und 2000 zu pferd der Königin Mayestät zu überlassen, und auff eygene unkosten zu unterhalten.

X. Bis zu erfüllung all-Vorausstehenden bleibt Ingolstadt und wann der in obigem Notando erwehnte austausch nicht erfolgen solte, auch Braunau mit Königl. Trouppen besetzet, doch unbeschadet dortigen Civil-Guberno und einkünfften; als welche auch während der Besatzungszeit Sr. Churfürstl. Durchl. zu verbleiben hätten.

XI. Die kriegsgefangenen werden beederseits ohne rançon auff freyen fuss gestellet, doch die äzungsunkosten vergüthet, und die in der Prager Capitulation zu zahlen versprochene schulden abgeführet.

XII. Alle denen Chur-Bayrischen unterthanen Sequestrirte güter und Einkünfften werden relaxiret. Das nembliche beschiehet von seiten Chur-Bayern, wofern der Königin Mayestät unterthanen unter Chur-Bayrischer Bothmässigkeit etwas besitzen solten.

XIII. Sollen die deren Zöllen, der Innschiffahrt halber, und sonsten entstandene nachbahrliche irrungen nach massgab derer verträgen noch vor dem schluss des Definitivfriedens-Tractats abgethan werden.

Man sieht, die Bedingungen für das stolze Haus Wittelsbach waren nichts weniger als glänzend. Ihre Annahme bedeutete das offene Eingeständnis seiner Niederlage, Verzicht nicht nur auf alle Grossmachtspläne, sondern auch auf die bescheidensten Forderungen territorialen Gewinnes.

Doch die Königin fühlte sich stark genug sie zu erzwingen. In ihrer Macht beruhte ihr Recht. Fanden ihre Vorschläge kein Gehör, so war sie entschlossen, eine eindringlichere Sprache zu führen; in der Oberpfalz, an Donau und Inn harrten Thüngen und Batthyany nur ihres Winkes, um von neuem die Schrecken eines grausamen Krieges nach Bayern zu tragen. Zuvor jedoch wollte sie die Erfolge der mainzischen Vermittlung abwarten, von welcher ihr die weitgehendste Wahrung ihrer Interessen sicher war. Am 5. Februar übersandte sie ihrem kurmainzischen Minister, Freiherrn v. Palm, eine Abschrift der Aussöhnungspunkte, um sie dem Kurfürsten zur Begutachtung zu unterbreiten. Auch an England und Holland wurden dieselben übermittelt.[1]) Während diese Mächte jedoch mit ihrem Urteile darüber teilweise noch zurückhielten[2]), fand sie der Kurfürst von Mainz ungemein mässig. Bei dem Artikel IV bezüglich der Verzichtleistung, erinnerte er sogar selbst daran, dass diese auch von dem Bruder Kaiser Karls, dem Herzog Clemens Franz von Pfalz-Zweibrücken und allen übrigen lebenden Personen des Kurhauses »pro se ipsis et posteris« verlangt werden müsste.[3]) Als sein fähigster Diplomat, der geheime Rat und Hofratspräsident, Joseph Franz Freiherr v. Kesselstatt, von einer Mission an die Höfe von Bonn und Trier zurückgekehrt war[4]), erhielt er Befehl, sich mit den Vorschlägen des Wiener Hofes sogleich über Mannheim nach München zu begeben, wo sein Kommen erwartet wurde.

Am 25. Februar langte der kurmainzische Gesandte in der bayerischen Hauptstadt an.[5]) Er fand die Verhältnisse um nichts klarer, als sie den Monat zuvor gewesen waren. Noch

---

[1]) Instruktion an Colloredo, 10. März. W. St. Ar.

[2]) Als der Gesandte im Haag, Freiherr v. Reischach die österreichischen Bedingungen den Generalstaaten vorlegte, erhielt er zur Antwort, dass der ganze Plan doch nur auf Annahmen beruhe. Reskript an Colloredo, 29. März. W. St. Ar. Arneths Ansicht (III S. 12), welche sich auf eine Aeusserung Maria Theresias stützt, auch die holländische und englische Regierung hätten die Bedingungen für Bayern als annehmbar bezeichnet, habe ich sonst nirgends bestätigt gefunden. Jedenfalls widerspricht das spätere Verhalten der beiden Staaten mehrfach dieser Auffassung.

[3]) Bericht Palms vom 16. Februar. W. St. Ar.

[4]) Bericht Palms vom 17. Februar. Ebd.

[5]) Kesselstatts »Diarium ahn dem chur-bayerischen Hoff zu München,« 25. Februar. Mainzer Ar.

immer hatte der Einfluss der Kaiserin und des Grafen Preysing ein Gegengewicht an Chavigny, der eben erst von seiner Regierung die Zahlung einer beträchtlichen Summe an den Münchener Hof erwirkt hatte.[1]) Dazu wurden neue Gerüchte vom Anmarsche der Franzosen in Umlauf gesetzt; mit 187 Kompagnien, rund 70 000 Mann sollten, sie gegen Bayern im Anzuge sein, um den Feldzug zu eröffnen. Mochte es auch für jeden, der die Verhältnisse einigermassen kannte, auf der Hand liegen, dass diese Nachrichten übertrieben waren, — wurde doch die ganze in Schwaben und Vorder-Oesterreich kantonierende französische Macht auf nur 30 000 Mann geschätzt[2]), — so konnten dieselben bei der fieberhaft erregten Stimmung der leitenden Kreise doch ihre Wirkung nicht verfehlen, gaben sie vor allem der Kriegspartei neue Stützen für ihre Zwecke. Damals zuerst bemerkte man, dass auch Preysing nicht mehr so unbedingt wie vorher dem Frieden das Wort redete; so äusserte er gelegentlich, da früher Bayern zuerst die Hand zur Verständigung ausgestreckt habe, so müsse jetzt von Oesterreichs Seite der erste Schritt gethan werden.[3])

Da man in München die Stellung von Kur-Mainz kannte, und daher Kesselstatt kein volles Vertrauen entgegenbrachte[4]), so waren aller Hoffnungen auf den sächsischen Gesandten gesetzt, dessen Ankunft tagtäglich erwartet wurde. Es war schon ein Lieblingsgedanke Karls gewesen, dem Hause Wettin durch Heiratsbeziehungen nahe zu treten.[5]) Kurz nach seinem Tode sehen wir diesen Plan von neuem auftauchen. Jetzt nahm ihn Seckendorff wieder auf[6]), in ihm, sowie dem unbedingten Anschlusse an Sachsen sah er die einzige Möglichkeit der Rettung. Sein Brief an Praidlohn vom 17. Februar ist in dieser Erwägung geschrieben; er zeigt, in welch höchst unwahr-

---

[1]) Arneth (B. III S. 14) spricht von einer halben Million Livres; Kesselstatt in seinem »Diarium« (Mainzer Ar.) sogar von 3 Millionen, welche Summe offenbar übertrieben ist.

[2]) Erthal an Kesselstatt, 19. Februar. Mainzer Ar.

[3]) Diarium Kesselstatts, vom 2. März. Mainzer Ar.

[4]) Instruktion für Colloredo, 10. März. W. St. Ar.

[5]) S. Freiherr v. Fechenbach an Seckendorff, 24. Januar. M. St. Ar.

[6]) Die Ursache war wahrscheinlich das Schreiben vom 10. Februar, welches Graf Brühl an ihn richtete (M. St. Ar.) und worin es u. a. hiess: »Si Son Altesse Elect. persevere à mettre Sa principale confiance en le Roy et Ses conseils, Elle trouvera certainement dans l'amitié et assistance de Sa Majesté des resources, qui la tireront de tout embarras et remettront Ses Etats patrimoniaux des calamités, qu'ils ont souffertes par le passé . . .« Mit den Heiratsplänen des Münchener Hofes ist es übrigens Sachsen wohl kaum Ernst gewesen. Am 7. März erklärte Graf Loss dem Mainzer Gesandten Kesselstatt, dass ihm die Prinzessin »nicht so feyl« sei. Kesselstatts Bericht vom 9. März. Mainzer Ar.

scheinliche Vorstellungen und Projekte sich auch ein sonst so besonnener Staatsmann zu einer Zeit verirren konnte, welche voll von Widersprüchen die wunderlichsten Pläne und Wünsche gebar und teilweise auch zur Reife brachte.[1])

Allein gerade die Menge der handelnden Personen, die Ueberfülle der dabei zum Vorschein gelangenden mehr oder weniger ausführbaren Entwürfe gefährdeten das Zustandekommen eines gedeihlichen Friedens. Ausser Kesselstatt, der, wie wir wissen, schon in München angelangt war, wurden noch daselbst der sächsische und kurkölnische Gesandte erwartet. Zur Abwehr der von ihnen vorherzusehenden Umtriebe und Anschläge musste Maria Theresia bei aller Abneigung gegen jede Vermittlung doch noch offen den Wunsch aussprechen, es möchten, wie geplant, von Seiten Englands und Hollands die beiden Bevollmächtigten Burisch und d'Aylva baldmöglichst nach der bayerischen Hauptstadt entsandt werden.[2]) Diese beiden Männer sind schliesslich doch nicht nach München gekommen; dafür aber trat ein Ereignis ein, das den auf eine direkte Verständigung hinzielenden Absichten der Königin in völlig unerwarteter Weise zu Hilfe kam. Seckendorff hatte hierbei die Vorsehung gespielt und damit eine entscheidende Wendung herbeigeführt. Am 21. Februar machte er Praidlohn die Mitteilung[3]), dass am Tage zuvor »zu seiner grossen Verwunderung« bei ihm ein österreichischer Bevollmächtigter erschienen sei, welcher vom Wiener Hofe aus beauftragt worden, »auf eine geheime und mit Ausschliessung aller Mittelpersonen zu haltenden Unterredung, und darauf sich gründenden Aussöhnung zwischen beiden höchsten Höfen anzutragen.« Dieser österreichische Kommissarius, ein »redlicher, treu, Glauben und die Wohlfahrt des Vaterlandes wahrhaftig zu Herzen nehmender und in ansehnlichen Chargen stehender Mann«, habe ihn gebeten, zu diesem Zwecke vom Münchener Hofe die Absendung eines Unterhändlers

---

[1]) Das Original im M. St. Ar. Daselbst heisst es: »Könte man es dahin bringen; dass von Oesterreich das Limburgische und der Theil von Geldern, so an der Maas liegt, bey einem General Frieden cediret würde und Chur-Pfaltz wäre zum Austausch gegen die Ober-Pfaltz und das Sulzbachische zu bringen, so könte man sich allenfalls nach denen so betrübt geänderten Umständen gegenwärtig begnügen, Vors Zukünfftige aber, ohne sich Vorläuffig was mercken zu lassen, nach vollzogenen Heurathen, wann der König von Pohlen Kayser würde, sich dahin bey dem künftigen Herrn Schwieger Vatter bestreben, dass die Wahl eines Römischen Königs vor den Churfürsten betrieben würde, worin meines erachtens noch wohl zu reussiren, indem Vermuthlich der König bey Erhaltung der Kayserl. Cron die Pohlnische auf seinen Cron-Printzen zu bringen sich wird angelegen seyn lassen.«

[2]) Instruktion für Colloredo, vom 10. März. Dieselben befanden sich zur Zeit am kurkölnischen Hofe in Koblenz.

[3]) M. St. Ar.

»ad tertium locum« auszuwirken; als am meisten hiefür geeignet, brachte Seckendorff den Fürsten v. Fürstenberg in Vorschlag.

Diese ganze Mitteilung war aus Thatsachen und willkürlichen Annahmen zusammengesetzt. Richtig war das Erscheinen eines fremden Diplomaten in Augsburg, nur dass dieser geheimnisvolle Sendling, dessen Namen Seckendorff nicht nennen will, kein Gesandter des Wiener Hofes, sondern kein anderer war als sein Vetter, der ansbachische Geheimrat Christoph Ludwig v. Seckendorff.[1]) Offenbar war das Ganze eine eigenmächtige Verabredung der beiden Intriguanten; möglich, dass der österreichische Feldzeugmeister Graf Thüngen Anteil daran hatte, sicher dagegen ist, dass Maria Theresia nichts davon wusste.[2]) Da Seckendorff gesehen hatte, dass keiner der beiden Höfe die ersten Anerbietungen machen wollte, wusste er durch geschickte Umtriebe jeden von ihnen glauben zu machen, dass von der gegnerischen Seite der erste Schritt des Entgegenkommens gemacht worden. Viel mag auch die Erkenntnis dazu beigetragen haben, dass, falls erst die Vermittler in München die Unter-

---

[1]) Dies geht aus dem Schreiben des Grafen Seckendorff vom 17. März an seinen Vetter hervor, worin er von ihrer Zusammenkunft in Augsburg spricht. W. St. Ar.

[2]) Hiefür spricht zunächst die Unwahrscheinlichkeit, dass sich Maria Theresia sollte gerade an Seckendorff gewendet haben, der ihr als Mensch verächtlich, als Staatsmann höchst verdächtig und beargwöhnt war und wie wir sehen werden, bis zum Schlusse der Verhandlungen geblieben ist. Man könnte vielleicht einwenden, dass Seckendorff infolge seines Aufenthaltes in Augsburg der einzige war, dem sich ein österreichischer Geschäftsträger insgeheim hätte nähern können. Jedoch in der ganzen Korrespondenz des Wiener Hofes finden wir nirgends auch nur eine Andeutung, woraus auf einen derartigen Schritt der Königin zu schliessen sei; wohl aber bezeugen uns mehrfache Aeusserungen, dass der Wiener Hof erstens von jeher zu vermeiden suchte, allzugrosses Verlangen nach Frieden an den Tag zu legen (Reskript an Wasner, 21. Januar, Häberlin V S. 127; Reskript an Palm, 5. Februar, Häberlin V S. 106), zweitens durch die nachherige Entsendung des jungen Seckendorff nicht weniger überrascht gewesen, wie der Münchener Hof durch den Vorschlag des »österreichischen Commissarius«. (Ulfeld an Kesselstatt, 19. April, wo von dem geheimen Anerbieten Bayerns zu einer Zusammenkunft in Augsburg die Rede ist. Mainzer Ar.).

Es kann wohl schwerlich jemanden über den wahren Sachverhalt täuschen, wenn Seckendorff in seinem schon erwähnten Schreiben an Praidlohn sagt: Der Wiener Hof bittet den Grafen Törring zum Unterhändler »aus mir unbekannten Gründen« nicht zu wählen. Wie alle Welt, so wusste auch er natürlich ganz genau und wahrscheinlich besser als die meisten anderen, welchen Standpunkt Törring einem etwaigen Friedensprojekte gegenüber einnahm. Geradezu naiv ist es daher, wenn er jetzt plötzlich den Unwissenden spielt; schon diese einzige Stelle müsste genügen, uns gegen die Wahrheit seiner ganzen Mitteilung misstrauisch zu machen. Mit glücklicher Ahnung des wahren Sachverhaltes sagt schon Hormayr in seinen »Anemonen aus dem Tagebuch eines alten Pilgersmannes«, B. II S. 193 »Er (Seckendorff) sendete auf eigene Faust insgeheim den jungen Seckendorff nach Wien zu friedlichen Eröffnungen.«

handlungen in die Hand genommen hätten, für ihn wenig Aussicht vorhanden wäre, dieselben zu beeinflussen. Um dem Münchener Hofe Zeit und Gelegenheit zu nehmen, über den Vorschlag auch noch die Meinungen anderer Fürsten, etwa Kur-Kölns oder des Bamberger Bischofs einzuholen, wusste er von der grossen Eile des Wiener Abgesandten zu berichten und bat, ihm sogleich den Fürsten von Fürstenberg zu einer Unterredung zu senden; denn »man will in Wien unverzügliche Resolution und dieser Mann hat mir nur drei Tage Zeit gegeben, um ihn wiederum mit Ja oder Nein abzufertigen.«[1])

Es ist begreiflich, dass in München der Vorschlag nicht ungern vernommen wurde. Schon am Abend des 22. Februar konnte Praidlohn nach Augsburg berichten[2]), dass Kaiserin und Kurfürst mit dem Anerbieten einverstanden, den Fürsten beauftragt hätten, sich zu vertraulicher Besprechung nach Augsburg zu begeben. Am Abend des 23. langte Fürstenberg auch wirklich an und am Morgen des nächsten Tages fand die erwünschte Unterredung zwischen ihm und Seckendorff statt[3]), auf Grund deren der letztere seinem Vetter die Bereitwilligkeit seines Hofes zu Unterhandlungen aussprach und als Ort hierfür Augsburg vorschlug[4]), angeblich, weil dieses als neutrale Reichsstadt weder feindliche Truppen noch einen auswärtigen Gesandten in seinen Mauern hatte, in Wirklichkeit doch wohl nur, weil Graf Seckendorff sich hier an den Verhandlungen ohne Aufsehen zu erregen beteiligen konnte. Am 27. verliess der Geheimrat von Seckendorff mit diesem mündlichen Bescheide die Stadt[5]) und eilte nach Ansbach zurück. Noch in derselben Nacht wurde sein Sohn, der als österreichischer Hauptmann im Regiment Marschall in Freiburg gefangen worden war[6]), und zur Zeit auf Ehrenwort entlassen bei seinem Vater lebte, zunächst zu Thüngen und von diesem nach Wien entsandt[7]); in 8—10 Tagen wollte man die Rückantwort von dort erwarten.[8])

Es war lediglich Seckendorffs Verdienst, dass die Sache so weit gediehen war; sein Briefwechsel mit Praidlohn in dieser Zeit lehrt uns, wie er auf alle Weise die Neigung zum Frieden in der

---

[1]) Seckendorff an Praidlohn, 21. Februar. M. St. Ar.

[2]) M. St. Ar.

[3]) Seckendorff an Praidlohn, 24. Februar. M. St. Ar.

[4]) S. »Mündliche Antwort« von Fürstenberg auf den »Mündlichen Antrag von seiten Oesterreichs, den 20. Februar« am 24. gegeben. Beide Vorschläge im M. St. Ar., ebd. »Pro nota an den österreichischen Commissarium«.

[5]) Seckendorff an Praidlohn, 4. März. M. St. Ar.

[6]) Arneth (B. III S. 15).

[7]) Pro nota an den österreichischen Commissarium. M. St. Ar.

[8]) Baron v. Seckendorff an Thüngen, 27. Februar. W. St. Ar.

Hauptstadt zu steigern wusste. Mit Absicht übertrieb er die Grösse der Gefahr, aufs eindringlichste beschwor er Praidlohn, sich für einen »schleunigen und raisonablen Frieden« zu verwenden, da nur dieser den Kurfürsten und das Land zu retten vermöge.[1]) Hatte er früher des öfteren das Schreckgespenst eines österreichisch-preussischen Friedens heraufbeschworen, so sollte jetzt holländischen Nachrichten zufolge auch zwischen Frankreich und England ein Vergleich so gut wie sicher sein.[2]) Freilich war auch an und für sich schon die Lage Bayerns nichts weniger als günstig. Die Gerüchte vom Anmarsch der Franzosen waren endlich in ihrem wahren Werte erkannt worden. Man wusste jetzt, dass die französischen Truppen zum grösseren Teile zur Verstärkung der Armee Maillebois bestimmt worden, dass der nach Bayern befohlene Zuzug unter General Putange sich nicht von der Stelle rührte.[3]) Ruhig lagerten die Franzosen in den schwäbischen Quartieren, unschädlich für die Oesterreicher, doch eine unerträgliche Last für die Reichsstände; die strenge Winterkälte war der einzige Feind, den sie bekämpften.[4]) Kein Wunder, dass man der ungebetenen Gäste in Schwaben schon herzlich müde war[5]), und ihnen schliesslich jegliche Lieferung versagte. Chavigny hatte dies vorausgesehen und schon früher darauf gedrungen, den Reichsständen alle aus der Verpflegung entstandenen Unkosten zu vergüten; auch die Anlage von Magazinen in Ulm hatte er gefordert, um das Land zu schonen und dadurch womöglich den schwäbischen Kreis für sich zu gewinnen. Es war derselbe Gedanke, den schon Seckendorff Praidlohn gegenüber vertreten hatte, und dessen Durchführung um so notwendiger erschien, da Oesterreich an den schwäbischen Kreis schon mehrfach bedrohliche Erlasse gerichtet hatte, seine

---

[1]) Seckendorff an Praidlohn, 26. Februar. M. St. Ar.

[2]) Seckendorff an Praidlohn, 26. Februar. M. St. Ar.

[3]) Seckendorff an Praidlohn, 1. März. M. St. Ar. Marquis de Putange lag in Rothenburg an der Tauber im Quartier. Protokoll des schwäbischen Kreistages zu Ulm, vom 8, Februar. Grfl. Törr. H. Ar.

[4]) Sie litten so empfindlich unter der aussergewöhnlichen Kälte, »dass sie selbst gestehen, que le ciel soit contre eux«. Puncta, von Feldzeugmeister Thüngen eingesandt. W. St. Ar. Abgedruckt Häberlin V S. 378 ff.

[5]) Schon Anfang des Jahres 1745 hatte sich der Herzog von Württemberg über die Bedrückungen von Seiten der Franzosen in Berlin bei Friedrich II. beklagt. Damals war von dem französischen Gesandten Valory Abhilfe zugesagt worden. Spon an Törring, 8. Januar. Grfl. Törr. H. Ar. Als am 8. und 9. Febr. auf der schwäbischen Kreistagsitzung zu Ulm der französische Gesandte, Baron von Güntzer den Antrag auf neue Lieferungen stellte, ward derselbe mit Berufung auf die Zusage abgewiesen, welche am 6. d. M. M. de la Noue in Stuttgart gegeben hatte, dass Frankreich nunmehr alle Lebensmittel baar bezahlen wolle. Abschriftliche Protokolle dieser Kreistagsitzungen im Grfl. Törr. H. Ar.

Neutralität zu gunsten der gemein-patriotischen Sache aufzugeben.[1]) Doch bei der völligen Erschöpfung seiner Finanzen konnte Bayern zunächst nicht daran denken, seine eigenen Mittel einem Zwecke zuzuwenden, der im Grunde doch nur den Franzosen zugute gekommen wäre. Von dem schwäbischen Kreis selbst suchte sich daher der Kurfürst die Mittel hierzu zu verschaffen, indem er sich an denselben mit der Bitte um eine grössere Anleihe vom 200000—300000 Gulden wendete.[2]) Auch hierbei spielte Seckendorff den vielgewandten Vermittler. Er schlug den Verkauf der Herrschaft Weissenstein in Württemberg vor[3]), den jedoch der Kurfürst mit Besimmtheit zurückwies.[4]) In jedem Falle hatte der Graf versichert, dass die Anleihe zu stande kommen werde, falls nur erst der Friede mit Oesterreich gesichert sei.[5])

So drängte alles den Kurfürsten zur Entscheidung. Je eher dieselbe erfolgte, um so vorteilhafter musste es für ihn selbst sein. Entweder ein schneller Friede oder ein ehrlicher Krieg; jedoch ein solcher Zustand, wie er zur Zeit herrschte, war auf die Dauer unerträglich und fügte neue Misstände zu den alten. Denn einmal wurde dadurch schliesslich doch der Argwohn der verbündeten Regierungen rege, dann aber brachte der Aufenthalt der fremden Kriegsvölker dem Lande nur neue Opfer, deren Höhe Seckendorff auf mehr denn 50000 Gulden für den Tag gewiss nicht zu hoch berechnete.[6])

Dazu kam noch, dass die unsichere und schwankende Haltung des Hofes sich auch auf die Heerführer übertrug. Wir erinnern uns, dass Maria Theresia vor der Hand noch jedes entscheidende Vorgehen zumal gegen die Hauptstadt München ihren Feldherrn untersagt hatte.[7]) Dieselben beschränkten sich daher darauf, den Gegner in kleinen Gefechten zu beunruhigen, wie sie bei Streifzügen und Eintreiben der Kontributionen und Natural lieferungen unausbleiblich waren.

---

[1]) Seckendorff an Praidlohn, 2. Februar. M. St. Ar.
[2]) Praidlohn an Seckendorff, 21. Februar. M. St. Ar.
[3]) Seckendorff an Praidlohn, 23. Februar. M. St. Ar.
[4]) Praidlohn an Seckendorff, 25. Februar. M. St. Ar.
[5]) Seckendorff an Praidlohn, 23. Februar und Seckendorff an Praidlohn, 3. März. M. St. Ar.
[6]) Seckendorff an Praidlohn, 1. März. M. St. Ar. In einem späteren Schreiben giebt er sogar 100000 Gulden an.
[7]) S. Häberlin V IV. Beilage (zu dem Schreiben Ulfelds vom 5. März) S. 383 » . . . haben Ihro Majest. die Königin dero Generalität anbefohlen, dass, anstatt die leichtbegreifliche Verwirrung sich zu Nutzen zu machen, *deromahlen* der Churfürstl. Residenz nicht genähert werden sollte.« Siehe auch Seckendorff an Praidlohn, 21. Februar. M. St. Ar. und Polit. Korresp. B. IV, Friedrich an Klinggräffen, 2. März S 71.

Als bei einer Fouragierung der ungarische Rittmeister Szelesky am 25. Februar sich der Stadt Neuburg, dem Hauptquartiere der pfälzischen Hilfstruppen, näherte und dabei auf eine pfälzische Brückenwache stiess, wurde ihm von dem Führer derselben bedeutet, dass er angewiesen sei, sich den Oesterreichern gegenüber streng neutral zu verhalten. Denselben Bescheid erhielt der Ungar auf seine Anfrage bei dem Kommandanten der Festung, General von Zastrow.[1])

Man sieht, der Kurfürst von der Pfalz hatte jegliche Lust zur ferneren Kriegführung verloren und dachte nur mehr an die Rettung seiner Truppen. Es war ein schlechtes Zeichen für den Beginn des Feldzugs, wenn schon jetzt so wesentliche Bestandteile des verbündeten Heeres sich hinter eine völlig vertragswidrige Neutralität verschanzen wollten. Ueber diese beängstigende Thatsache konnte der Münchner Hof auch dadurch nicht beruhigt werden, dass am 28. Februar General Ségur mit anderen französischen Heerführern in München erschien und in der Audienz, welche sie zusammen mit Chavigny bei dem Kurfürsten hatten, demselben nochmals beteuerte, dass Putange in Schwaben allen Ernstes mit dem Aufbruch beschäftigt sei.[2]) Sie hatten das Recht verspielt, Glauben hierfür beanspruchen zu dürfen. Die Macht des französischen Einflusses schien endlich gebrochen zu sein. Man war jetzt in München in der That entschlossen, ernsthaft und aufrichtig mit Oesterreich zu verhandeln; freilich ward an der Bedingung einer Vergrösserung Bayerns an Land und Leuten mit Bestimmtheit festgehalten. So erklärte Graf Preysing dem Gesandten von Kesselstatt offen, dass ohne eine solche sein Kurfürst niemals seine Ansprüche aufgeben würde.[3]) Auch Seckendorff war damals noch der Ansicht, dass Oesterreich die erstrebte Machtvergrösserung nicht verweigern werde; jedenfalls müsse sie gefordert werden, da ja, wie er meinte, »bey dergleichen Tractaten allezeit erlaubt ist, auch ohngeschämt zu fordern, dem Gegenteil aber freystehet, mit gleicher Ohnverschämtheit wiederum die petita abzuschlagen«[4]). Gleichwohl hielt er es für das Beste, die Bedingungen nicht zu verwerfen, »wann sie nur ein klein wenig besser als die Hanauer sind«.[5])

[1]) S. Bericht des Rittmeisters Szelesky vom 25. Februar. W. St. Ar. Der General-Feldwachtmeister Baron von Roth (Kommandant von Ingolstadt) sandte diesen Bericht an Thüngen, welcher ihn am 1. März nach Wien schickte, mit der Bitte um Verhaltungsmassregeln gegenüber den Pfälzern. Thüngen am 1. März an Grossherzog Franz Stephan. W. St. Ar.

[2]) Praidlohn an Seckendorff, 2. März. M. St. Ar.

[3]) Diarium Kesselstatts vom 2. März. Mainzer Ar.

[4]) Seckendorff an Praidlohn, 4. März. M. St. Ar.

[5]) Ebenda.

Eine Abschrift derselben hatte er sich von Praidlohn senden lassen[1]), um auf ihrer Grundlage nach Max Josephs Wunsch seine »Gedanken über die zu verfassende Instruction« Fürstenbergs niederzulegen.

Schon am 4. März konnte er dieselben dem Münchener Hofe übersenden;[2]) in 17 Punkten enthielten sie die Forderungen und Zugeständnisse des Münchener Hofes. Der wichtigste Punkt war der, welcher die Frage der Länderabgabe behandelte. Hier ging Seckendorff von der höchst unwahrscheinlichen Voraussetzung aus, dass Oesterreich die gesamten vorder-österreichischen Länder abzutreten bereit sein werde; mit dieser Konzession des österreichischen Gesandten habe sich jedoch Fürstenberg keineswegs zufrieden zu geben, sondern »wenn der andere erkläre, nichts mehr antragen zu können, wohl aber anzuhören, so habe Fürstenberg zu eröffnen, dass man das Herzogtum Limburg nebst dem Rest von Gelderland, so an König von Preussen durch den Utrechter und Badischen Frieden nicht cediret mit der Bedingnis vielleicht als ein aequivalent annehmen dürfte, dass man solche provintzen an einen doch nicht Mächtigern fürsten im Reich gegen gelegenere Lande vertauschen könnte.« Es ist begreiflich, dass ein solcher Vorschlag den Wünschen des Churfürsten durchaus genehm war; der Gewinn von Vorder-Oesterreich sowie von Neuburg und Sulzbach, denn diese konnten unter den »gelegeneren Landen« nur gemeint sein, war schon zu Karls VII. Zeiten mehrfach, doch stets vergebens erstrebt worden. Waren Geldern und Limburg nicht zu erlangen, dann sollten als Ersatz hiefür — so hiess es weiter — »etliche Millionen Baargeld« gefordert werden.

Von Wichtigkeit war ferner noch der sechste Punkt, welcher eine General-Amnestie verlangte, mit dem wohlüberlegten Zusatze, »die böhmischen Vasallen in integrum zu restituieren«, eine Forderung, welche allein genügte, um Männer wie Fürstenberg und Kaiserstein, sowie die ganze übrige vaterlandslose Schaar der Verbannten dem Friedensentwurfe Seckendorffs mit Leib und Seele zu gewinnen. Der bekannten Geldnot Bayerns[3]) sollte der 14. Art. abhelfen, wonach sich Oesterreich zu einer durch vier Jahre fortgesetzten monatlichen Zahlung von 100000 Mark zu verpflichten hatte. Die übrigen Vorschläge beschäftigten sich

---

[1]) Praidlohn an Seckendorff, 3. März. ebd.

[2]) »Ohnvorgreifliche Gedanken über die zu verfassende Instruktion. M. St. Ar.

[3]) »Charakteristisch für die Finanzlage in Bayern ist, dass der Kurfürst den Hof von Versailles bat, monatlich die Subsidien genau zu schicken, da sie unumgänglich notwendig seien, damit nicht der Münchener Hof und was daran hängt in Verlegenheit komme.« Würdinger, Der Ausgang des österreichischen Erbfolgekrieges in Bayern. Oberbayer. Archiv B. XLVI, Heft I S. 75.

mit Erfordernissen, wie sie fast jeder Friedensschluss enthielt, wie unentgeltliche Auslieferung der gegenseitigen Gefangenen, Räumung von Land und Festungen, Einstellen der Contributionen, Grenzregulierungen und was derartiges mehr ist.

Aus der Thatsache, dass ein Mann wie Seckendorff, welcher zweifellos schon damals das Ziel verfolgte, sich durch eine Vermittlung im Sinne Maria Theresias den Rückweg in Oesterreichs Dienste anzubahnen, solche Bedingungen als für beide Teile annehmbar betrachtete, vermögen wir immerhin zu erkennen, wie wenig erst die bayerischen Patrioten die Möglichkeit erwogen, aus einem so verlustvollen Kriege ohne jegliche Entschädigung hervorzugehen. Und doch entsprach dieser Seckendorff'sche Entwurf den Absichten des Wiener Hofes in keiner Weise. Mochte er auch in nebensächlichen Punkten mit den Ansichten Maria Theresias sich vielfach berühren, der Hauptsache nach lief er doch ihren Wünschen und Forderungen durchaus entgegen. Kein Wort finden wir hier über die Zulassung und Anerkennung der Böhmischen Wahlstimme, nicht eine Silbe über die Gewährung der kurbayerischen Stimme zu Gunsten Toscana's, wohl aber weitgehende Ansprüche auf Entschädigung durch Land und Gold, von denen das letztere die Königin nicht zahlen konnte, das erstere zu geben aber in keinem Falle gewillt war.

Von alledem war freilich zur Zeit in München noch nichts bekannt und zwar darum nicht, weil Kesselstadt, welcher mit dem ausdrücklichen Befehl dorthin entsandt worden war, die oben besprochenen »Aussöhnungspunkte« daselbst vorzulegen, dieselben bis zur Stunde geheim gehalten hatte. Was ihn zu diesem durchaus eigenmächtigen Verfahren bewog, ist unschwer zu erkennen; es war die Ueberlegung, dass, wenn er jetzt Oesterreichs harte Forderungen zur Kenntnis des Kurfürsten brächte, dies wahrscheinlich das sofortige Abbrechen aller Beziehungen zur Folge haben würde. Preysings Aeusserungen mussten ihn in dieser Erkenntnis bestärken. Dies aber wollte er auf alle Fälle verhindern. Lag es doch auch sehr im Interesse seines Herrn, des Kurfürsten von Mainz, dass Bayern mit Oesterreich sich einigte, da hiemit die Wahrscheinlichkeit stieg, die Franzosen vom Mittelrhein aus der Nähe der Kurstaaten zu verdrängen.[1]) Waren aber erst einmal persönliche Unterhandlungen im Gange, so mochte Kesselstatt hoffen, dass Bayerns Kurfürst sich der Not-

[1]) Schon lange beargwöhnte Marschall Maillebois die mainzische Neutralität. Chavigny hatte ihn von Kesselstatts Aufenthalt in München benachrichtigt und dass dieser den Zweck verfolge zwischen Bayern und Oesterreich zu vermitteln. Zur Strafe erfolgte daraufhin die Verlegung französischer Winterquartiere in mainzisches Gebiet. Vgl. Kesselstatts Diarium vom 4. März. Mainzer Ar.

wendigkeit fügen und nicht ohne weiteres Verhandlungen abbrechen werde, deren Bekanntwerden seine Politik bei den Verbündeten unrettbar kompromittieren musste. Jedenfalls zeugt sein Auftreten auf Schritt und Tritt von einer Unselbständigkeit, welche den Münchener Hof schnell darüber beruhigte, dass von seiner Seite ein schneidiges Eingreifen in keiner Weise zu erwarten war. In dieser Beziehung sah man sich freilich auch in den Hoffnungen getäuscht, welche man auf den sächsischen Gesandten Grafen Loss gesetzt hatte. Derselbe war am 26. Februar angelangt und noch am Abend desselben Tages empfangen worden. Hatte schon Kesselstatt im Gefühle seiner Unsicherheit in fremden Verhältnissen die ihm von seinem Kurfürsten sowie dem Wiener Hofe zugedachte Rolle nicht gespielt, so hüllte sich Graf Christian Loss erst recht in diplomatisches Schweigen. Allerdings hatte dies anders als bei dem Mainzer Gesandten seinen Grund wesentlich darin, dass ihn der Wiener Hof über die Verhältnisse, sowie seine Forderungen durchaus im Unklaren gelassen hatte.[1])

Trotz aller Versicherungen der Ergebenheit und Freundschaft nämlich war Loss auf seiner Durchreise durch Wien mit Misstrauen behandelt worden. Die dunklen Ziele der sächsischen Politik zumal das Gerücht, dass August nach der Kaiserkrone strebe, hatte die leitenden Kreise in Wien verstimmt und zur Vorsicht gemahnt. Auch war hier nicht unbekannt geblieben, dass von bayerischer Seite der Gedanke an eine Doppelheirat mit Sachsen ausgegangen sei, welcher der Königin umsomehr im Wege stand, als von ihr selbst eine Heirat der von Bayern für Max Joseph ausersehenen Prinzessin Marie mit ihrem Schwager, Prinz Karl von Lothringen, geplant wurde.[2]) Diese Gründe also hatten die Königin bewogen, den beargwöhnten sächsischen Gesandten ihre Bedingungen nicht mitzuteilen. Daher konnte dieser auch in München zunächst nur mit der äussersten Zurückhaltung auftreten; freilich entsprach diese zugleich den Absichten des sächsischen Hofes, dessen Politik Graf Brühl von jeher nach den Grundsätzen zweideutigen Zauderns und Abwartens geleitet hatte. Kein Wunder, dass Graf Loss bald der Gegenstand allgemeinen Misstrauens wurde.[3]) Kesselstatt, welcher, trotzdem er von Mainz aus gewarnt worden,[4]) gehofft hatte, durch Loss unterstützt zu

[1]) Instruktion an Colloredo vom 10. März. W. St. Ar. Ulfeld an Kesselstatt 5. März »dem Loss als er hier war, hat man die Aussöhnungspunkten nicht zugestellt, weil er aller Anregung von der Kayser-Wahl ausgewichen ist.«

[2]) Seckendorff an Praidlohn, 17. Februar. M. St. Ar.

[3]) Auch Friedrich warnte Klinggräffen mehrfach vor ihm: S. Friedrich an Klinggräffen, 2. März; Polit. Korresp. B. IV, S. 70 und Friedrich an Klinggräffen, 4. April. B. IV, Polit. Korresp. S 106.

[4]) Kurfürst v. Mainz an Kesselstatt, 28. Februar. Mainzer Ar.

werden, sah sich bitter enttäuscht. In seinen Berichten nach Mainz konnte er daher nicht genug über dessen »verstecktes und kaltsinniges Benehmen« klagen.[1])

Um so inniger hatte sich ihm freilich Graf Königsfeld angeschlossen, welcher von ihm Fürsprache bei seinem Herrn, dem Kurfürsten von Mainz erhoffte, um die von ihm für seine Stellung als ehemaliger Reichs-Vizekanzler aufgewendete Summe von 110000 Gulden zurückzuerlangen.[2]) Von ihm erfuhr er am 3. März,[3]) dass der bayerische Hof nicht gewillt sei, die böhmische Stimme anzuerkennen, und auch mit Köln hierin übereinstimme. Dass Frankreich sich der Wahl des Grossherzogs mit aller Kraft widersetzen werde, war schon lange klar; jetzt erklärte Chavigny offen, dass seine Regierung als Garant des westphälischen Friedens niemals einen fremden Fürsten anerkennen wolle und könne.[4]) So viel war jetzt schon ersichtlich, dass der Sieg der Friedenspartei noch in weiter Ferne stand. Bekamen die fremden Gesandten sichere Beweise von den bevorstehenden Unterhandlungen in die Hand, welche sie bis zur Stunde nur ahnten, so stand alles auf dem Spiele. Daher war Seckendorff aufs äusserste betroffen, als er vernahm, dass Fürstenberg gelegentlich einer Reise auf seine schwäbischen Güter in Memmingen sich geäussert habe, dass der Frieden so gut wie sicher sei. Aufs schärfste tadelte er eine derartige Unvorsichtigkeit, welche das Gelingen des ganzen Werkes in Frage stellen musste.[5]) Aber auch Chavigny verlor keine Stunde. Er sowohl wie Törring,[6]) welcher jetzt wieder mehr in den Vordergrund der Ereignisse tritt, drängten lebhaft zum Beginne des Feldzugs.[7]) Die befremdliche Unthätigkeit der Oesterreicher suchte der letztere aus dem Gefühle ihrer Schwäche zu erklären. Halb spöttisch äusserte sich hierüber Seckendorff: ‚M. le comte de Törring dans une lettre, qu 'il m'a ecrite hier, ne respira que la guerre et bataille. — Vana sine viribus ira.'[8])

Schliesslich wollte man doch erst einen Sieg Maillebois abwarten, um dann den Feldzug mit einem entscheidenden Schlage

---

[1]) Diarium Kesselstatts vom 4. März. Mainzer Ar.

[2]) Kesselstatts Bericht, 9. März, ebd. Auf sein mehrfaches Drängen hin hat ihm Kesselstatt später die Unterstützung seines Kurfürsten zugesagt. K.'s Bericht, 29. April.

[3]) Diarium Kesselstatts ebd.

[4]) Kesselstatts Bericht, 5. März ebd.

[5]) Seckendorff an Praidlohn, 3. März. M. St. Ar.

[6]) Seit Ende Februar wieder Oberbefehlshaber des bayerischen Heeres. S. das Ernennungsschreiben des Kurfürsten, bei Würdinger, Beil. III S. 107.

[7]) Seckendorff an Praidlohn, 23. Februar ebd.

[8]) Seckendorff an Praidlohn, 6. März ebd.

an der Donau zu eröffnen.[1]) In Wahrheit der Gedanke, Bayerns Geschick in einer Feldschlacht zu entscheiden, war durchaus nicht so leichtfertig, wie Seckendorff meinte. Ein siegreicher Kampf musste die gesamte Lage umgestalten, ein unglücklicher konnte sie nicht wesentlich verschlechtern. Was aber die Annahme eines solchen Planes verhinderte, war eben die Mattherzigkeit der Männer an der Spitze, welchen die Zuversicht des Gelingens mangelte. Was Bayern unterliess, weil es nicht die Kraft des Entschlusses fand, ist schliesslich von Oesterreich durchgeführt worden. Hier war Maria Theresia jetzt endlich entschlossen, durch eine wuchtige Kriegführung den Friedensbestrebungen mehr Nachdruck und Geltung zu verschaffen. Am 5. März teilte der Hofkanzler Graf Ulfeld diesen Entschluss seines Hofes dem Freiherrn v. Kesselstatt mit,[2]) indem er hinzufügte, dass man in Wien wohl gewillt sei, »die Anständigkeit des hohen Churhauses Baiern zu befördern, sobald es nur auf eine dem Durchlauchtigsten Ertzhause unschädliche Arth beschehen kan.« Ausdrücklich jedoch bat er, den Hof zu veranlassen, bei den Verhandlungen soweit sie Preussen beträfen, den Grafen v. Seckendorff nicht zuzuziehen, da man von ihm eine gewisse Parteilichkeit für Friedrich befürchtete. In der That entbehrte auch dieser Verdacht, wie wir noch später sehen werden, durchaus nicht der Begründung. Am selben Tage, an dem Ulfeld dieses Schreiben absandte, war Hauptmann v. Seckendorff in Wien angekommen. Seine Botschaft wurde mit Wärme vernommen. Sofort ward er mit der Antwort zurückgesandt, dass man gewillt sei, einen Unterhändler mit Vollmacht, »sans perte de temps« nach Augsburg zu entsenden; hierzu sei Graf Colloredo ausgesucht, welcher sich zunächst nach Innsbruck begeben werde, wohin für ihn ein französischer und bayerischer Pass nach Mainz lautend gesandt werden sollte.[3])

Freilich die Anträge, die der junge Seckendorff sonst noch vorbrachte, — es war ihm von seinem Oheim ein förmliches Programm in 12 Artikeln mitgegeben worden[4]) — fanden zunächst noch keine Erledigung; hier verwies man auf die Verhandlungen selbst; Geheimhaltung derselben[5]) jedoch, sowie Zuziehung des

---

[1]) Diarium Kesselstatts, 2. März. Mainzer Ar.

[2]) »Und um darzuthun, dass die bissherige diesseitige Inaction nicht aus Abgang derer Kräfften, sondern allein aus freundschafflicher Neigung und Rücksicht entsprungen, wird man sich nicht entschütten können, zu einigen Operationen zu schreiten.« Ulfeld an Kesselstatt, 5. März. Mainzer Ar.

[3]) Der junge Seckendorff hatte in Wien einen mündlichen und einen schriftlichen Bescheid erhalten. Beide im M. St. Ar. Graf Seckendorff sandte sie am 11. chiffriert nach München.

[4]) S. »Puncte, so der Offizier von Thüngen diktirt hat.« W. St. Ar.

[5]) Hauptmann von Seckendorff hatte mitgeteilt, dass nur die Kaiserin, der

Grafen Seckendorff ward schon jetzt zugestanden. Damit schien die Hauptschwierigkeit gehoben. Schon am 9. März befand sich der Hauptmann wieder in Ansbach,[1]) zwei Tage später traf hier der alte Seckendorff ein, welcher sich entschlossen hatte, Augsburg auf kurze Zeit zu verlassen, um den Argwohn der fremden Gesandten einzuschläfern. Vor seiner Abreise hatte er noch einmal Praidlohn beschworen, seine Friedensbemühungen zu unterstützen. »Ich rede als ein ehrlicher Mann, kommen wir nicht zum Frieden, so ist Bayern zum dritten Mahle verloren. Ich ersterbe als ein treuer Diener vom Hauss und das wird sich zeigen.«[2])

Zur selben Zeit, als er dies schrieb, rüstete sich Colloredo zum Aufbruch. Bartenstein hatte ihn mit einer so ausführlichen und genauen Instruktion und Anleitung versehen,[3]) wie sie wohl selten einem Gesandten zu diesem Zwecke mitgegeben worden. Am 10. März trat er seine Reise an, welche ihn durch Kärnthen und Tirol bei fortgesetzter harter Kälte und tiefstem Schnee am 17. nach Innsbruck führte.[4]) Doch zu seinem äussersten Befremden fand er hier die erwarteten Pässe nicht vor. Sofort meldete er dies Kesselstatt,[5]) mit welchem er sich den Wünschen seines Hofes gemäss in Verbindung setzen sollte; doch erhielt er von diesem keine Antwort.[6]) Seine Stimmung wurde immer schlechter; am liebsten wäre er unter dem Vorwande des verweigerten Passes von Innsbruck wieder aufgebrochen,[7]) um sich nach Mainz zu begeben, wohin ihn Maria Theresia schon früher in Wahlgeschäften bestimmt hatte.

Kurfürst, Seckendorff, Fürstenberg, Preysing und Praidlohn davon Kenntnis hatten. Arneth (S. 400 Anm. 15) bemerkt hierzu: »Dies wird auch durch den Bericht Kesselstatts an den Kurfürsten von Mainz aus München vom 13. März 1745 bestätigt.« Kesselstatt nämlich war durch Ulfeldt über die ganze Unterhandlung unterrichtet worden. (S. Ulfeldts Schreiben an ihn vom 5. März. Mainzer Ar.); womit freilich der Wiener Hof sein Zugeständnis, die Verhandlung streng geheim zu halten, schon gebrochen hatte. Das Erstaunen Preysings (s. Kesselstatt au Kurfürsten von Mainz, 13. März. Mainzer Ar.) und Seckendorffs (s. sein Schreiben an Praidlohn, 15. März. M. St. Ar.) darüber, dass Kesselstatt von der geheimen Mission Kunde habe, war gewiss gerechtfertigt. Uebrigens ist das von Arneth citierte Schreiben Kesselstatts nicht vom 13. sondern 9. März. (Mainzer Ar.).

[1]) Seckendorff an Praidlohn, 11. März. M. St. Ar.

[2]) Seckendorff an Praidlohn, 8. März. M. St. Ar.

[3]) W. St. Ar.

[4]) Colloredo an Ulfeldt, 19. März. W. St. Ar.

[5]) Colloredo an Kesselstatt, 21. März. Ebd.

[6]) Relatio ad Reginam, 22. März. Ebd.

[7]) Relatio ad Reginam, 29. März. Ebd.

Es gab nur eine Erklärung für das Ausbleiben der Pässe, und sie lag nahe genug; nämlich, dass der Münchener Hof noch in letzter Stunde durch fremde Einflüsse bestimmt worden, die soeben erst angeknüpften Beziehungen mit Wien wieder abzubrechen. Und in der That, so günstig hatten sich zur Zeit die Verhältnisse gestaltet, dass der Kurfürst hoffen durfte, mehr durch die Fürsprache und Verwendung neutraler Mächte zu erlangen, als ihm das Glück der Schlachten oder gar eine direkte Verständigung mit Wien jemals verschaffen konnten.

III. Kapitel.

Die Schwankungen der bayerischen Politik und der Sieg der Friedenspartei.

WIR sehen, wie weder Kesselstatt noch Loss die Erwartungen auch nur in bescheidenstem Masse erfüllten, welche an ihre Mission geknüpft worden. Da sie dem Münchener Hofe kein Vertrauen entgegenbrachten, konnten sie auch selbst keines beanspruchen.

Inzwischen war aber von ganz anderer Seite die Sache Bayerns in die Hand genommen worden.

So hatte der alte Fürstbischof von Bamberg nochmals versucht, den ihm entglittenen Faden der Vermittlung zu gunsten Bayerns wieder aufzunehmen. Obwohl er sich nicht darüber täuschen konnte, dass der Wiener Hof ihn gar zu gerne bei Seite geschoben hätte, entsandte er dennoch an Starhemberg am 14. Februar ein neues Schreiben, worin er abermals seine Dienste antrug.[1]) Zugleich ersuchte er Max Joseph, ihm nochmals den Freiherrn von Raab zuzusenden, mit welchem er sich über die politische Lage beraten wollte. Am 4. März langte dieser in der That in Bamberg an, Tags darauf übergab ihm Carl Friedrich nach mehrstündiger Konferenz die Schreiben Starhembergs und Königseggs vom 2. und 4. Februar, welche als Beilage auch jene Deklaration des Wiener Hofes vom 1. Februar enthielten. Ohne des Bischofs Wissen nahm Raab von diesem wichtigen, in München bis zur Stunde gänzlich unbekannt gebliebenen Aktenstücke eine Abschrift, welche er sofort dem Kurfürsten und Preising[2]) mitteilte. Ueber die Folgen,

[1]) Dieses Schreiben des Fürstbischofs habe ich weder in Wiener noch Münchner Archiven gefunden. Doch geht aus der Antwort Starhembergs hervor, dass es direkte Friedensvorschläge ebensowenig wie der schon erwähnte Brief vom 26. Januar enthalten hat.

[2]) Raab am 6. März an den Kurfürsten und Raab am 6. März an Preysing; B. Geh. St. Ar. Ebenda die Abschrift.

welche das Bekanntwerden dieser Erklärung in München hatte, werden wir noch später zu berichten haben.

Hier sei nur hervorgehoben, dass der Aufenthalt Raabs in Bamberg zu irgendwie erkennbaren Resultaten nicht geführt hat.[1]) Den 18. März finden wir ihn schon in Frankfurt, wohin er sich auf des Kurfürsten Geheiss als zweiter Wahlgesandter begeben hatte.[2]) Zur selben Zeit etwa mag der Fürstbischof die Antwort Starhembergs erhalten haben, worin dieser ihm ganz kurz mitteilt, dass Oesterreich zu einem Frieden jederzeit bereit sei, welcher ihm keine neuen Opfer auferlege.[3]) Diese späte Beantwortung des fürstbischöflichen Schreibens vom 14. Februar suchte er damit zu entschuldigen, dass er immer erwartet habe, es würden ihm von seiten Raabs irgendwelche Vorschläge zugestellt werden.[4]) Natürlich war dies nur ein Vorwand. Ebenso beurteilten es Raab und der Bischof selbst. Der letztere hatte jetzt endlich eingesehen, dass er dem Wiener Hofe seine Vermittlung gegen dessen Willen nicht würde aufzudrängen vermögen.[5]) Wenigstens können wir keinen derartigen Versuch mehr von seiner Seite beobachten. Dennoch ist er für die Hofburg ein Gegenstand des Argwohns geblieben. Man konnte es ihm dort nicht vergessen, dass er als Erster noch bei Lebzeiten Carls versucht hatte, die Ansprüche der bayerischen Politik zu vertreten. Daher wurde denn auch in ihm der Urheber jener neuen Entwürfe vermutet, welche nunmehr, in der That von ganz anderer Seite ausgehend, den Wiener Hof noch einmal in die äusserste Bestürzung versetzten.[6])

---

[1]) Raab an Preysing, 14. März. B. Geh. St. Ar.

[2]) Raab an Preysing, 18. März. Ebd.

[3]) Starhemberg an Bischof von Bamberg, 13. März. Ebd. Hier heisst es, Oesterreich wolle den Frieden, »in so weith es immer auf eine Sanctionis Pragmatice und von gesamten Reich darüber geleisteter garantie ohnabbrüchliche arth zu bewürcken stünde.«

[4]) Ebenda.

[5]) Raabs Schreiben vom 6. und 18. März, wonach der Bischof darüber »ziemlich piquirt« gewesen sei.

[6]) Arneth (S. 13) hat eine andere Ansicht. Nach ihm sind die neuen Vorschläge, betreffend die österreichische Landabgabe von dem Bischof von Würzburg ausgegangen, und dann von Köln angenommen worden. Seiner Darstellung liegt offenbar die Instruktion für Colloredo zu Grunde. Daselbst wird gesagt: » . . . Allein haben sich bald nachher die sachen am dortigen Hoff Verschlimmert und zwar aus schuld des Fürsten und Bischoffen von Bamberg und Würzburg, als welcher, ohne von gegenwärtigem aneinanderhang derer grossen weltgeschäfften die zulängliche kendtnis zu besitzen, nach der für das Churhaus Bayern jederzeit bezeugten Vorliebe, auff den Gedanken verfallen ist, dass Wir die Vorlande an Chur-Bayern abzutretten, und Uns darfür bey Preussen und zwar noch ausser Schlesien, mittelst Crossen, derer Lehen in der Laussniz und franckfurth an der Oder zu regressiren hätten.« Nun wäre wohl an und für sich der Vorschlag nicht so schlecht, da

Wir erinnern uns, dass Kur-Köln zunächst eine dem österreichischen Interesse durchaus geneigte Stellung eingenommen hatte. In diesem Sinne waren jene Anträge gestellt worden, denen auch Maria Theresia ihre Bewilligung nicht hatte versagen können. Doch änderte sich dies, zumal, seitdem Max Joseph

---

unter den Vorlanden uur Schwäbisch-Oesterreich verstanden sei; jedoch wollé Sachsen von den Seemächten unterstützt gleichfalls Teile von Schlesien. Da der Bischof diese Umstände nicht kannte, hätte er nicht sollen mit solchen Plänen hervortreten; »allein hat er seiner gewohnheit nach sich daran nicht gekehret, sondern selben allsogleich aller orthen gelten zu machen sich bemühet, und was das schlimmste ist, andere Höffe auff gleiche gedanken zu bringen . . . gar sehr sich bearbeitet.« Dieselbe Ansicht findet sich in dem Reskript an Colloredo vom 18. März (W. St. Ar.) ausgesprochen, wo es heisst: »Es äussert sich immermehr, dass des Bischofs von Würzburg mit Raab geschmiedeten antrag das Friedenswerck beschwerlicher macht«; ferner in dem Reskript an Palm vom 29. März. (W. St. Ar.) Dennoch ist es mir nicht möglich gewesen, diesen Ausführungen zu folgen. Der Bischof von Würzburg und Raab sollen zusammen den Plan entworfen und dann den anderen Höfen, und zunächst doch wohl dem Münchener Hofe mitgeteilt haben. Nun ist aber im Bayerischen Geheimen St. Ar. die Korrespondenz Raabs während seiner Abwesenheit von München enthalten. Was finden wir in derselben auf diesen Punkt bezüglich? Nichts über jene Pläne, welche doch, wenn sie wirklich gefasst worden wären, Raab ganz sicher berichtet hätte, wohl aber Aeusserungen über die Unzufriedenheit des Bischofs, sich gar nicht an den Verhandlungen irgendwie beteiligen zu können. Ferner, wie können wir einen dem österreichischen Interesse so zuwiderlaufenden Plan dem Fürsten zutrauen, welcher, wie er selbst gestand, nicht einmal wagte, die viel bescheideneren Wünsche des Kaisers nach dessen Tode den österreichischen Diplomaten zu unterbreiten. Er, der »Nestor« unter den deutschen Staatsmännern, war doch zu schlau, um sich durch einseitige Parteilichkeit die Gegnerschaft Oesterreichs zuzuziehen. Von dieser Seite zeigte er sich auch gegenüber einem Antrage der Kurfürsten von Mainz und Trier zur Association. Raab berichtete hierüber (18. März an Preysing): »Der fürst aber scheinet die gefahr seiner Hochstifftslanden besser zu begreiffen, als dass er denenselben das ressentiment von der Cron Frankreich, gleich Chur-Maintz es zu erfahren hat beyziehen solte. Wie er indessen auf allen fall auch dem wienerischen Hoff nicht in die augen schlagen will, so hat er von nichts als von einer exactesten neutralitet, welche man ihme keinerseiths verüblen könte, die sprache geführt.«

Man wende nicht ein, er sei über die Ansprüche der Hofburg im Unklaren gewesen. Denn die Deklaration vom 1. Februar war ihm bekannt gegeben worden, (s. Seite 55), und aus dieser musste er ersehen, dass Maria Theresia sich niemals zu irgend welchen Gebietsabtretungen verstehen würde. — Und wie stand es mit Baron v. Raab? — Nicht anders als mit Fürst-Bischof Karl Friedrich. Hatte schon dieser alle Ursache, sich zu dem Hause Habsburg nicht feindlich zu stellen, so bemerken wir bei Raab geradezu das Bestreben, sich demselben in jeder Weise nützlich zu erzeigen. Schon damals verfolgte er den Gedanken, wieder in die Dienste Oesterreichs überzutreten, welchem er sein Emporkommen zu verdanken hatte. S. Brief des Bischofs vom 26. Januar, Häberlin V, 109. Ueber sein späteres Verhalten s. Seeländer S. 81. Diese seine Parteistellung ist übrigens auch in Bayern den politischen Kreisen nicht unbekannt geblieben; am 15. Februar schrieb Graf Emanuel von Törring an seinen Vater, betreffs der Wahl Raabs zum zweiten Wahlgesandten, man begreife vielfach nicht, »comment on pouvoit emploier dans une negotiation aussy delicate et qui interessoit tant la Cour de Baviere un homme qui etoit née Sujet de la Cour de Vienne, qui possede meme encore du bien sous la domination de cette Cour, qui a toujour été attaché à la Maison de Schönborn etc.« Grfl.

seinen Oheim um eine wohlwollende Fürsprache gebeten hatte.[1]) Ein völliger Umschwung jedoch ward herbeigeführt, als Graf Cobenzl dem Bonner Hofe jene Wienerische Deklaration vorlegte, in welcher Bayerns Ansprüche als gänzlich rechtlos und nichtig gebrandmarkt waren.[2]) Es ist begreiflich, dass eine solche Auffassung den Kurfürsten Clemens August aufs tiefste erbitterte. Sofort erinnerte er sich wieder seiner Pflichten als ältester Vertreter des Hauses Wittelsbach und war entschlossen, die Rechte seines Neffen nach Möglichkeit zu wahren. Des Grafen Cobenzl Stellung war entschieden erschüttert. Der eigentliche Leiter der kurkölnischen Politik, Obersthofmeister Graf von Hohenzollern bildete nunmehr eine geheime Konferenz, zu welcher er den Kammerpräsidenten Baron von Bornheim und Geheimrat von Föller hinzuzog. Für die Tendenz derselben war es von vornherein bezeichnend, dass Geheimrat von Steffné davon ausgeschlossen blieb, mit welchem der österreichische Gesandte sich

---

Törr. H. Ar. Kann wohl nach alledem dieser Mann der Miturheber eines Projektes gewesen sein, welches Maria Theresia so sehr erbittert hat?

Noch eine andere Unwahrscheinlichkeit drängt sich uns auf. Raab war zweimal in dieser Zeit in Bamberg; das erstemal vom 11. Januar bis 22. oder 23. Januar; damals können die Vorschläge nicht gefasst worden sein; wollte doch der Bischof sich erst vergewissern, ob der Kurfürst dem Frieden geneigt sei oder nicht. Folglich käme nur Raabs zweiter Aufenthalt in Betracht. Derselbe währte vom 4.—17. März. Nehmen wir an, dass schon in der ersten Konferenz am 5. März die neuen Pläne entworfen worden seien, so ist es doch fernerhin höchst unwahrscheinlich, dass diese, wie in der Instruktion gesagt wird, nach Bonn berichtet, dort die ganze Stimmung umgeändert und dann im Haag vorgetragen, Veranlassung zu jener Resolution gegeben hätten, welche schon am 12. März nach Wien geschickt worden ist. Nehmen wir dagegen an, dass Köln der Urheber der Bayern günstigen Vorschläge gewesen sei, welches dieselben ja auch allein offen zur Sprache gebracht und bei den Seemächten vertreten hat, so stösst diese Annahme auf keinerlei Bedenken. Die Ursachen hierzu lagen für Clemens August nahe genug; einmal in seinem Streben, Bayern zu vergrössern, seinen jungen Neffen zu unterstützen, zweitens in seinem Verlangen, Preussen nach Kräften zu verkleinern.

[1]) Bossart an Ulfeldt, 14. März. W. St. Ar.

[2]) Reskript an Colloredo, 29. März. W. St. Ar. »Wie wir vernehmen, solle Champigny über einen vom graffen Cobenzl zu Bonn beschehen seyn sollenden Vortrag ein grosses geschrey in Engellaud erwecket haben, und sich auch im Nahmen Chur-Cöllen bey der Republic Holland darüber beschweret worden seyn. Da aber damahls graff Cobenzl Unsere aussöhnungspuncten dortigem Hoff noch nicht mitgetheilet hatte; So ist nicht wohl begreifflich, was zu einem solchen geschrey anlass gegeben haben möchte.« Es kann für uns wohl kaum zweifelhaft sein, dass dieser »Vortrag« Cobenzls vom 19. Februar sich mit jener »Erklärung« vom 1. Februar beschäftigte; da ja in der That die Eröffnung der Aussöhnungspunkte erst am 7. März geschehen ist, sonst aber Cobenzl nichts mitzuteilen hatte, was einen derartigen Unwillen des Bonner Hofes erregen konnte. Irgend welche eigenmächtige »Propositionen« in dieser Konferenz vom 19. Februar gemacht zu haben, leugnet Cobenzl entschieden (s. seinen undatierten Bericht an Maria Theresia W. St. Ar.).

stets am besten verständigt hatte. Dessen undiplomatisches Auftreten drohte die Sache vollends zu verderben. So verlangte er von Hohenzollern Mitteilung des Briefwechsels mit München; eine Anmassung, welcher die verdiente Zurechtweisung sofort zu Teil wurde, indem Hohenzollern ihm bedeutete, dass sein Herr doch wohl schreiben dürfe, was er wolle, ohne Cobenzl »rede oder antwort zu geben«.[1]) Bald folgten neue heftige Auseinandersetzungen zwischen beiden, welche zur Folge hatten, dass der hochfahrende Oesterreicher insgeheim gegen jenen zu intriguieren begann. Auch Bornheim und Föller waren tief verstimmt. Kein Wunder, dass Kur-Köln durch dieses unkluge Verhalten Cobenzl's, für welches Maria Theresia nur einen bedingten Tadel fand, noch mehr veranlasst wurde, sich in bayerischem Interesse zu verwenden.

Sein Geschäftsträger Champigny musste in London Anträge auf eine Geldaushülfe sowohl wie auf Länderabgabe stellen[2]) und auch im Haag wurde wegen der allzuweit gehenden Forderungen Oesterreichs Beschwerde erhoben. Dabei soll sogar Köln erklärt haben, dass seine Wahlstimme dem Bayern schon zugesichert sei.[3])

Diese Vorstellungen Kölns bei den Seemächten hatten glänzenden Erfolg. Gerade die Hilflosigkeit Bayerns verschaffte ihm deren Unterstützung gegen das allzu mächtig aufstrebende Oesterreich, dessen staatsmännische Konsequenz als zu weit gehende Härte verurteilt wurde.[4]) Von den Generalstaaten wie von England liefen an ihre Gesandten in Wien, Burmania und Sir Thomas Robinson die Weisungen ein, dass sie die bayerischen Ansprüche ebenso wie die sächsischen zu unterstützen hätten.[5]) Schon wollte man gehört haben, dass Holland entschlossen sei, Oesterreichs Streben nach der Kaiserkrone in keiner Weise zu fördern.

Davon war freilich in Köln zur Zeit noch nichts bekannt.

---

[1]) Bossart an Ulfeldt, 14. März. W. St. Ar.

[2]) Reskript an Colloredo, 29. März. Ebd.

[3]) Kesselstatt an den Kurfürsten von Mainz, 11. März. Mainzer Ar. Dies wird uns ausserdem bestätigt durch die Briefe des Grafen Emanuel von Törring an M. de Montmartin, vom 26. Februar und 15. März, in letzterem heisst es: »Nons avons tout lieu d'etre content de l'Electeur de Cologne, ce Prince a declaré tout net au Ministres Maritimes, qui lui demanderent à qu'il comptoit de donner son souffrage pour la Couronne Imperiale que c'etoit à son neveu et malgré toutes leurs remontrantes, il resta ferme dans sa reponse; on m'a assuré que ces Ministres avoient demandé une somme d'argent à leurs Cours pour soutenir leurs negotiation, il est sur, qu'avec ce moien ils auront bientout gagné tout le ministre de Bonn, mais pour l'Electeur quant il a une fois pris un party il en revient rarement.« Grfl. Törr. H. Ar.

[4]) Reskript an Palm, 29. März. W. St. Ar.

[5]) Ebd. und Colloredo ad Reg., 2. April. W. St. Ar.

Als Hohenzollern sich mit dem holländischen Gesandten d'Aylva über die Frage der Länderabgabe verständigen wollte, erklärte ihm dieser, auch ohne besondere Instruktionen versichern zu können, dass die Seemächte einem derartigen Plane nicht zustimmen würden.[1]) Die Folge davon war, dass Hohenzollern am 7. März in einer Konferenz mit dem bayerischen Minister über eine anderweitige Erwerbung für Bayern beriet, welche jährlich mindestens 500000 Gulden Einnahmen abwerfen sollte.[2]) Ganz anderer Meinung wie kurz zuvor, erinnerte er jetzt selbst daran, dass der Königin im Breslauer Frieden ihre Länder mit Ausnahme Schlesiens garantiert worden.

Mit dieser Ansicht kann es dem kurkölnischen Minister gewiss nicht ernst gewesen sein; auch für die Kölner Politik hiess es zunächst abwarten, wie sich die Situation gestalten würde. Wurde doch unter der Hand schon der Gedanke erwogen, dass sich Clemens August selbst nach Mergentheim begeben wolle, um den Verhandlungen näher zu sein.[3]) Vorher aber wollte man erst die Erfolge des nach München zu entsendenden Gesandten abwarten.[4]) Die Wahl war auf den westphälischen Landdrosten und Domkapitular Freiherrn v. Droste gefallen.[5]) In der Konferenz, welche den 7. März 10 Uhr vormittags bei dem krank darniederliegenden Bornheim stattfand, wurden dem reisefertigen Gesandten durch Cobenzl kurz die Wiener Aussöhnungspunkte verlesen, welche er sich noch in aller Eile notierte; eine Abschrift davon hat ihm Cobenzl nicht mitgegeben.[6]) Wenige Tage später, am 14., teilte Clemens August dem Kurfürsten von Mainz die Abreise seines Gesandten mit, sowie seine Absicht, durch denselben den Vergleich mit Oesterreich befördern zu helfen.[7]) Johann Friedrich Karl antwortete ihm am 18., dass er Kesselstatt anweisen werde, mit Droste gemeinsam zu agiren.[8]) Offenbar war ihm nicht entgangen, dass sein Gesandter der Aufgabe doch nicht gewachsen war[9]); zudem mochte ihn das energische Eingreifen der Seemächte verschüchtert haben. Sicher ist, dass er selbst gelegentlich

[1]) Relation Cobenzls, undatiert. W. St. Ar.

[2]) Ingelheim, der kurbayerische Gesandte in Koblenz, an Praidlohn, 8. März. M. St. Ar.

[3]) Cobenzl wurde erklärt, dass man erst das Resultat der Sendung Drostes abwarten wolle, bevor man sich offen erkläre. Reskript an Colloredo, 18. März. W. St. Ar.

[4]) Praidlohn an Seckendorff, 2. März. M. St. Ar.

[5]) Am 6. März teilte Clemens August dies seinem Neffen mit. M. St. Ar.

[6]) Cobenzls Bericht vom 8. März; Bossarts Bericht vom 14. März. W. St. Ar.

[7]) W. St. Ar.

[8]) Ebenda.

[9]) In seinem Bericht vom 11. März hatte dieser darüber geklagt, dass er »in niemandem die geringste Assistenz habe«. Mainzer Ar.

äusserte, Oesterreich müsse seine Friedensliebe durch Abtretung von Vorder-Oesterreich bethätigen.[1])

Die Nachricht von dieser unvermuteten Umwandlung der öffentlichen Meinung änderte allmählich aber gründlich die Ziele der bayerischen Politik. Zuversichtlicher wieder traten die Männer der Kriegspartei auf, zumal die fremden Gesandten, denen die Friedensbestrebungen der letzten Wochen nicht verborgen geblieben. Klinggräffen[2]), sowohl wie Chavigny, dessen Einfluss neuerdings so gestiegen war, dass er das Recht hatte, jederzeit und ohne Anmeldung in den Gemächern des Kurfürsten zu erscheinen[3]), hatten beide mit dem Scharfblicke des Argwohns schon längst erkannt, dass Max Joseph zum Frieden hinneige. Als Batthyany um einen französischen Pass für Colloredo nachsuchte, wagte er es, denselben zu verweigern. Gegen Kesselstatt äusserte er am 17. März hierüber kurz und bündig: es sei nicht nötig, dass ein österreichischer Gesandter nach Mainz oder Frankfurt reise. Ja, er verstieg sich sogar zu der Drohung, dass er, falls Stephan die böhmische Königskrone annehme, unverzüglich auch Max Joseph zu dem gleichen Schritte veranlassen werde[4].) Es ist bedeutsam, dass auch Törring die Ausfertigung des erbetenen Passes abschlug; mehr noch, dass der Kurfürst es ihm nicht zu befehlen wagte, angeblich um nicht Frankreichs Argwohn zu steigern.[5])

Ein bedeutender Erfolg für die Kriegspartei war es ferner, dass auch Preysing, der Mann der nationalen Politik wie kein zweiter, und als solcher vom Volke geschätzt und anerkannt, mehr und mehr in ihr Lager übertrat. Schon jetzt war klar, dass er niemals einem Frieden zustimmen würde, in welchem Bayern mit leeren Händen ausging.[6]) So hoch verstiegen sich die Hoffnungeu, dass man es nicht für aussichtslos hielt, für den jungen Kurfürsten die vielumworbene Kaiserkrone doch noch zu gewinnen; der Stimme Kur-Kölns glaubte man hierbei sicher

[1]) Reskript an Colloredo, 29. März. W. St. Ar.

[2]) S. Friedrich an Klinggräffen, 9. Februar. Polit. Korresp. B. IV S. 40.

[3]) Kesselstatt an Erthal, 19. März. Mainzer Ar. Dasselbe Vorrecht hatte übrigens auch der Herzog Clemens von Pfalz-Zweibrücken und dessen Bruder; Loss an den König August, 20. März. W. St. Ar.

[4]) Kesselstatt an Kurfürsten von Mainz, 17. März. Mainzer Ar.

[5]) Ebd. und Praidlohn an Seckendorff, 16. März. M. St. Ar.

[6]) Kesselstatts Diarium, 2. März: »der Herr graff von Preising zeiget sich noch zur Zeit gantz hart, und meldet ausdrücklich, dass, weyl von Chur-Bayern ehedessen friedens-propositiones geschehen, selbige aber von dem Wienner Hofe nicht angenommen worden, mann dahier solche jetzo abwarten müste, jedoch würde nichts zu thun seyn, weil der Wienner Hof nichts geben wolte.« Mainzer Ar. S. ferner seinen Bericht vom 8. und 11. März. Ebd.

zu sein.[1]) Während Preising schlicht und gerade seine Ansicht äusserte, ohne Gewinn kein Frieden, suchte der geschmeidigere Praidlohn den Schein des Entgegenkommens Kesselstatt gegenüber zu wahren.[2]) Doch dieser war nicht mehr zu täuschen. So schrieb er am 13. März an den Kurfürsten: »Meine Ansicht ist, entweder will man uns die Vermittlung nicht gönnen, oder das Ganze ist nur Spiegelwerk, um Zeit zu gewinnen; Seckendorff, der alles veranlasst, will damit Inaktion der Oesterreicher erreichen, um dem Kurfürsten Zeit zum verschnaufen zu lassen.[3])

Er hatte das Richtige getroffen, nur in der Ansicht über die Mitwirkung Seckendorffs war er fehlgegangen. Bald sollte auch der Augenblick kommen, wo der Münchener Hof die Maske von sich warf und sich — zum letzten Male — offen zu der Politik Karls VII. bekannte.

Am 9. März sind die beiden Schreiben Raab's aus Bamberg vom 6. d. M. dem Kurfürsten und Grafen Preysing präsentiert worden. Denselben war, wie bekannt, eine Abschrift jener wienerischen Erklärung beigefügt worden. Wie offenbarer Hohn musste diese mit ihrer schroffen Sprache von dem Münchener Hofe empfunden werden, gerade jetzt, wo sich die Stimmung der vermittelnden Mächte entschieden auf Bayerns Seite geneigt, wo Preussen[4]) und Frankreich[5]) neue Erklärungen gegeben hatten. Die hier geforderte Trennung von diesen beiden Bundesgenossen hiess nichts anderes, als sich völlig der Gnade Oesterreichs zu überantworten; hatte man erst die Mittel des Widerstandes aus der Hand gegeben, so war an einen vorteilhaften Vergleich erst recht nicht mehr zu denken. Blieb man dagegen standhaft, so schienen die Aussichten günstiger denn je. Es ist wohl als sicher anzunehmen, dass alle diese Momente zusammenwirkten, um den Münchener Hof zu veranlassen, jetzt auch seinerseits den schon lang geplanten Schlag zu führen. In der grossen Konferenz vom 17. März, an welcher zum erstenmale auch Törring wieder teilnahm, entschied sich der Kurfürst, die Entscheidung durch das Schwert anzurufen. Zwei Tage später, am 19. März wurde das seit Wochen bereit gehaltene Zirkular-Reskript in die

---

[1]) M. de Montmartin an Graf Emanuel Törring, 2. März. »Son Alt. Elect. de Baviere peut concevoir des grandes esperances pour la Couronne imperiale« und Kesselstatt, 11. März. Mainzer Ar.

[2]) Kesselstatt, 13. März. Ebd.

[3]) Ebenda.

[4]) S. Friedrich an Max Joseph, 12. Februar und 14. März. Polit. Korresp. B. IV, S. 48 u. 80.

[5]) Würdinger, Oberbayer. Arch. B. XLVI, Heft I S. 75.

Welt gesandt[1]), um bald nachher in Frankfurt gedruckt zu werden.[2]) Es war eine offenbare Herausforderung, die schärfste und gelungenste Antwort auf die Sprache der Hofburg; der Kampf zwischen Habsburg und Wittelsbach trat damit in seine letzte Phase.

Für Bayern war die Kriegslage keineswegs verzweifelt. An Donau und Main war man dem Gegner numerisch mehr als gewachsen. Auf Marschall Maillebois waren zunächst aller Augen gerichtet; ein Sieg in diesen Gegenden hätte aller Voraussicht nach auch Bayerns Sache gerettet. Schon hatte der Marschall den Rhein wieder überschritten,[3]) schon stand seine Vereinigung mit Graf Löwendal bevor, welcher bei Bingen ein festes Lager bezogen hatte.[4]) Auch in Schwaben, so hiess es, sei die französische Macht um 10 Bataillone und 2000 Rekruten verstärkt worden.[5]) Man sieht, die Gefahr, Bayern zu verlieren, hatte in Frankreich beachtenswerte Anstrengungen zur Folge. Chavigny, welcher eine seltene Rastlosigkeit im Entwerfen stets neuer Pläne entwickelte, sprach davon, dem jungen Kurfürsten den Oberbefehl über die vereinigten Armeen zu übertragen, welche dann allerdings allen Streitkräften der Oesterreicher auf bayerischem Boden weitaus überlegen gewesen wäre.[6]) Jedoch selbst wenn dieser Antrag ernst gemeint war; dem jungen Max Joseph lag kriegerischer Ehrgeiz durchaus fern; auch waren die ruhmlosen Kriegs-

---

[1]) Befindet sich abschriftlich im B. Geh. St. Ar. mit dem Präsentatvermerk vom 20. März. Vgl. »Denkschrift des Prinzen Wilhelm von Hessen-Kassel über die Hanauer Friedensverhandlungen von 1743. Koser, Preussische Staatsschriften, B. I S. 623—38. S. daselbst S. 632: »das Schreiben — vom 19. März — ist nach einer Einleitung im Wesentlichen eine deutsche Uebersetzung der Aufzeichnungen des Prinzen Wilhelm über die Hanauer Verhandlungen.« Zur selben Zeit, als dem Münchener Hofe die Deklaration vom 1. Februar bekannt wurde, erschien in den »Berlinischen Nachrichten« eine Fälschung derselben. S. hierüber Seeländer S. 53 ff.

[2]) Raab an Preysing, 31. März. B. Geh. St. Ar. Daselbst berichtet er auch über den Eindruck, welchen das Reskript auf die in Frankfurt versammelten Gesandten gemacht habe. »Das letzt erlassene und nunmehro hier zum drucke gekommene Churfürstl. gnädigste Circular-Rescriptum vom 30. Januar findet bey allen hiesigen gesandtschafften einen ohngemeinen beyfall und gutten eingang.« Aehnlich äussert er sich in seinem Schreiben an Preysing vom 2. April: »Das letzt herausgekommene Churfürstliche gnädigste Circular-Rescriptum gehet denen hiessigen gesandtschaften immer besser ein und begreifen dieselbe ganz wohl, dass diesseits zu beförder- und herstellung des fridens ein mehreres, als sich die Welt hat vorstellen können, seyn angebotten und erkläret worden, und dass diessemnach das Röm. Reich und dessen Stände die fürdaurung des Krieges und der anhaltenden Beschwehrnussen lediglich der gegentheiligen härtigkeit beyzumessen haben.«

[3]) Colloredos Relatio ad Reginam, 22. März und Colloredo an Starhemberg, 22. März. Beide W. St. Ar. S. Oesterr. Militär. Zeitschrift 1826, B. III. Ereignisse beim Heere Ahremberg's 1745.

[4]) Schreiben des Baron Stapel an Grossherzog Franz, 16. März. W. St. Ar.

[5]) Kesselstatt an Mainz, 17. März.

[6]) Ebenda, Mainzer Ar.

Druck von Seitz & Schauer, München.